Sonnabend, 20. August 1932
Nr. 187. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Wochenend-ausgabe

Sächsische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Tarifzerschlagung beginnt

Gewerkschaftsführer beim Reichsarbeitsminister — Nur Massenkampf kann die Vernichtung der Gewerkschaften verhindern

Berlin, 19. August.

CNB. Der Reichsarbeitsminister hat, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, die Vertreter der Spitzengewerkschaften zu einer Besprechung am Freitag in das Reichsarbeitsministerium geladen. Das Blatt nimmt an, daß diese Besprechung einem Meinungsaustausch über die Pläne für eine „Auflockerung des Tarif- und Schlichtungswesens" dienen soll.

Berlin, 19. August.

CNB. Im Gegensatz zu der Meldung der „Vossischen Zeitung" weiß der „Vorwärts" zu berichten, daß der Reichsarbeitsminister die Besprechung mit den Vertretern der Spitzengewerkschaften plötzlich wieder abgesagt habe. Die Besprechung finde vielleicht in der kommenden Woche statt.

Diese beiden Meldungen heben sich scheinbar gegenseitig auf. In Wirklichkeit wird aber durch die zweite Meldung die erste höchst alarmierende Nachricht insoweit bestätigt, als die seit langem von den Unternehmern geforderte „Auflockerung" der Tarife jetzt in ein akutes Stadium getreten ist. Die Papen-Regierung will den vom Vorstand des Verbandes der Deutschen Industrie erneut und jetzt ganz kategorisch erteilten Befehl (siehe gestrige SAZ) umgehend ausführen.

Der Reichsarbeitsminister hat offensichtlich die Hoffnung, daß er dabei zu einer „Verständigung" mit den Gewerkschaften kommt. Denn nur so kann man sich die Art der Einladung zu dieser Besprechung und die Bemerkung über „Meinungsaustausch" erklären. Die Besprechung war in der Tat schon für Freitag vorgesehen. Nun sie jetzt vertagt wurde, so scheinen auf Seiten der Gewerkschaften „Schwierigkeiten" eingetreten zu sein. Wahrscheinlich will man sich erst etwas vorbereiten.

Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Regierung mit größter Beschleunigung, ob mit oder ohne vorherige Besprechung mit den Gewerkschaftsspitzen, die „Tarifauflockerung" durchführen will.

Die „Tarifauflockerung" ist eine von den Unternehmern erst in der jetzigen Situation erhobene Forderung. Sie richtet sich gegen zu „starre" Tarifverträge. Bis 1923 konnte den Unternehmern nichts „starr" genug sein. Sie haben mit Hilfe des damaligen Ermächtigungsgesetzes die Zwangsschlichtung durchgesetzt, gegen den Willen der Arbeiterschaft, allerdings mit freundlicher Unterstützung der Gewerkschaftsführung. Bis 1929 waren es auch die Unternehmer, die in der Zeit des damals vorstoßenden Proletariats unzählige Zwangsschiedssprüche veranlaßten und so Streiks zu verhindern oder abzuwürgen trachteten.

Von 1930 ab, mit dem Beginn der Krise, wandten sich die Unternehmer auf einmal gegen die Verbindlichkeitserklärungen. Sie wollten nun, da sie durch die Krise bei den Tarifbewegungen nun mehr im Vorteil gegenüber den Arbeitern kamen, die ganze Zwangsschlichtung abschaffen.

Inzwischen hat sich aber die Lage der Arbeiter insofern noch weiter verschlechtert, als sich nicht nur die Krise steigerte, sondern auch eine reine Diktaturregierung gegen die Arbeiterklasse am Ruder ist. Jetzt fordern die Unternehmer nicht mehr Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung, sondern einseitigste Zwangsschlichtung ausschließlich gegen die Arbeiter. Die Zwangstarife sollen bleiben nur zu dem Zweck, die Arbeiter „gesetzlich" zu binden und am Streik zu hindern, aber für den Unternehmer soll der Tarif „aufgelockert" sein. Das heißt, jeder einzelne Unternehmer soll im Rahmen dieser „Tarife" die Höhe des Lohnes, Dauer der Arbeitszeit usw. nach seinem Ermessen festlegen können. Das ist die „Auflockerung" der Tarife, eine

Sklavendiktatur für die Arbeiter und schrankenlose „Freiheit", das heißt Willkürherrschaft für die Unternehmer.

Es ist klar, daß das mit dem Begriff Tarif-Vertrag nichts mehr zu tun hat. Die Folge muß sein, daß nicht nur das Tarifrecht, sondern gleichzeitig auch die Gewerkschaften zerschlagen werden. Denn, welcher Arbeiter wird noch in der Gewerkschaft bleiben, wenn sie doch nichts zu sagen und an den Dingen zu ändern hat.

Den Gewerkschaftsspitzen ist das alles bekannt. Sie wissen auch, daß daran durch keine Besprechung, durch keinen „Meinungsaustausch" und durch keine „Ermahnungen" an die Regierung etwas geändert wird. Es kommt daher darauf an,

was die Gewerkschaften dagegen unternehmen?

Die Hoffnung aufs Parlament ist, das weiß jedes Kind, einfach sinnlos. Die Sache wird tödlicher durch Notverordnung und Anweisung an die Staats- bzw. Schlichterbehörden durchgeführt, wenn, ja wenn nicht die Arbeiterklasse, und hier vor allem die Gewerkschaften, ihre außerparlamentarischen Machtmittel in gewaltigen gemeinsamen Massenaktionen einsetzen.

Diese zu erzwingen, ist Aufgabe und Existenzfrage für alle Proletarier, für alle Gewerkschaften. Dazu appellieren wir an alle KPD- und RGO-Arbeiter, aber gleichzeitig auch an alle Reichsbannerkameraden, an die Kollegen der Hammerschaften:

Duldet kein Ausweichen, erzwingt von der Gewerkschaftsführung sofortige Stellungnahme, sofortige Kampfmaßnahmen.

Zur Zahlungseinstellung im Konsumverein „Vorwärts"

Aufgabe der Arbeiter: Rücksichtslose Kritik der Fehler aber — Verteidigung des Arbeiterunternehmens

Breslau, 19. August.

Die am Mittwoch bekanntgegebene Zahlungseinstellung des Konsumvereins „Vorwärts" war für Kenner der Verhältnisse und auch für viele Konsummitglieder nicht überraschend. Aber sie brachte für Tausende von Breslauer Arbeiterfamilien, die nun in der Zeit der Not ihre, unter vielen Entbehrungen zurückgelegten Spargroschen gefährdet sahen, große Sorge und Enttäuschung. Sie alle haben ein Recht zu fragen: Wie ist das möglich, was ist die Ursache? Und: ist das nur durch unabwendbare Verhältnisse (Krise) verursachtes Unglück, oder durch Fehler der verantwortlichen Verwaltung verschuldet?

Hören wir zunächst die Verwaltung. Sie hat der Presse folgende Mitteilung zugestellt:

„Der Konsum- und Sparverein „Vorwärts" für Breslau und Umgegend e. G. m. b. H. sieht sich genötigt, gemäß einem Beschluß seiner Verwaltungsorgane seine Zahlungen einzustellen.

Durch die sich seit Jahren immer mehr zuspitzenden wirtschaftlichen Verhältnisse sind drei Viertel der mehr als 15 000 Mitglieder der Genossenschaft, zum Teil nun schon seit Jahren, arbeitslos geworden und deshalb gezwungen gewesen, ihre Ersparnisse abzuziehen. Nach dem Bankenzusammenbruch und der Guthabensperre bei den Sparkassen im Sommer des Vorjahres war der Abzug der Sparguthaben eine Zeitlang so stark, daß nur mit tatkräftiger Mithilfe der genossenschaftlichen Zentralen diese Rückzahlungen überhaupt möglich wurden. Die Hoffnung, durch eine im Januar d. J. erbetene Stillhaltung der Gläubiger auf drei Monate über alle Schwierigkeiten hinwegzukommen, hat sich nicht erfüllt.

Weitere Abzüge von Sparguthaben nach Ablauf der Stillhaltezeit, die infolge der Verschärfung der Wirtschaftslage immer zahlreicher wurden, in Verbindung mit erheblichen Konjunkturverlusten ließen die Gefahr des Zusammenbruchs immer bedrohlicher werden.

Zwar wurde der Konsumverein „Vorwärts" von den genossenschaftlichen Zentralen in die Liste der gefährdeten Konsumgenossenschaften eingereiht, für die bei der Reichsregierung Hilfsmaßnahmen beantragt wurden. Diese Verhandlungen konnten aber durch den im Juni d. J. erfolgten politischen Umschwung nicht rechtzeitig zum Abschluß gebracht werden. Seitdem in der Vorwoche die Vorgänge im Berliner Beamten-Wirtschafts-Verein bekanntgeworden waren, wuchs der Ansturm der Sparer so beängstigend an, daß die Verwaltung die vorläufige Auszahlungssperre über die Spargelder verhängen und die verantwortlichen Organe der Genossenschaft zur Beschlußfassung zusammenrufen mußte.

Unmittelbaren Anlaß zu der eingangs angegebenen Entschließung hat neben dem Ansturm der Sparer die Tatsache gegeben, daß der Gläubiger einer Hypothek von 100000 Mark Klage erhoben hat und somit von dieser Seite Vollstreckung in die Vermögenswerte der Genossenschaft droht. Um die mit einer Befriedigung dieses Hypothekengläubigers und durch weitere Auszahlungen von Sparguthaben verbundene Benachteiligung der übrigen Gläubiger und insbesondere Sparer zu vermeiden, blieb unter den geschilderten Umständen nichts anderes übrig, als die Zahlungen einzustellen. Es soll versucht werden, im Wege eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens eine möglichst weitgehende Befriedigung der Gläubiger zu erreichen. Man hofft, daß es gelingen wird, eine Inanspruchnahme der Haftsummen gänzlich zu vermeiden und den Mitgliedern, soweit sie Sparguthaben besitzen, keinen größeren Verlust zuzumuten, als daß sie auf einige Jahre damit stillhalten müssen.

Das Warenverteilungsgeschäft selbst wird in der bisherigen Weise fortgeführt."

•

Was hier die Verwaltung angibt, erscheint durchaus plausibel. Sie könnte noch darauf hinweisen, daß, infolge der größten Krise aller Zeiten, unzählige und viel größere Wirtschaftsunternehmungen pleite gingen (z. B. die ganzen deutschen Großbanken) und daß die bis vor nicht allzu langer Zeit besonders kapitalskräftig angesehene Konsumgenossenschaft, der Berliner Beamten-Wirtschafts-Verein, ebenfalls vor wenigen Tagen ihre Zahlungen eingestellt hat; weiter, daß auch die Konsum-Genossenschaft Berlin in Schwierigkeiten ist und die Rückzahlung von Sparguthaben gegenüber ihren Mitgliedern sehr erschwert hat. Jedenfalls steht fest, daß wie in Berlin, so auch beim „Vorwärts" Breslau die anormal starke Abhebung von Sparguthaben der Hauptanlaß für die jetzigen Schwierigkeiten ist. Dabei geht jedoch aus der Darstellung der Verwaltung nicht klar hervor, ob es sich nur um eine Liquiditätskrise (Mangel an flüssigem — liquiden Kapital) oder um eine Ueberschuldung gegenüber den vorhandenen Realwerten handelt. Selbst wenn nur das erstere zutrifft, besteht dabei immer die Gefahr, daß es in eine regelrechte Krise umschlägt.

Die wirkliche Schuld

Alle die von der Verwaltung vorgebrachten Gründe erklären zwar bis zu einem gewissen Grade die Ursache der Krise im „Vorwärts". Sie sind aber keineswegs geeignet, die Verwaltung zu entschuldigen. Denn

die Verwaltung eines Arbeiterunternehmens hat, zumal wenn es sich um Spargelder handelt, die Pflicht, so zu wirtschaften, daß das Unternehmen in der Lage ist, unbedingt jedem Krisensturm standzuhalten, zum mindesten, daß die Spargelder absolut gesichert sind.

Um das aber zu können, ist die erste Vorbedingung der Verwaltung, die (heute kapitalistische) Wirtschaft richtig zu kennen und einzuschätzen. Hier aber liegt der Generalfehler, die Hauptschuld der Verwaltung. Sie hat, wie der ganze Reformismus, wie die SPD-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsführung, sich ganz auf den kapitalistischen Boden gestellt und so bestimmt, wie irgendein Privatkapitalist an die Stabilität der kapitalistischen Wirtschaftsordnung geglaubt. Haben doch alle reformistischen Wirtschaftstheoretiker bis vor wenigen Monaten allen marxistischen Erkenntnissen zum Trotz die These vertreten, daß es sich auch nicht um eine kapitalistische Niedergangskrise, sondern nur um eine übliche Konjunkturkrise handele, die bald wieder

[illegible] Prozent abgelöst werde. [illegible] Auflösung [illegible] Prämierung des Unternehmens in daß [illegible] Betriebe (Bäckerei, [illegible] Kaufhaus usw.) zu [illegible] des Glaubens [illegible] Hochkonjunktur diese [illegible] werden und mit [illegible] Risiko verbunden ist. [illegible] zeigt die jetzige Zah[illegible]

[illegible] es sich, daß die grundfalsche, [illegible] Staat und die kapitalistische Wirtschaft bejahende Politik der sozialdemokratischen Führung auch die Hauptursache der Krise und Zusammenbruche der Konsumunternehmungen ist.

Die Geschäftsleitung kann sich nicht damit [illegible], daß sie das oben nicht [illegible] wissen konnte. Es hat genügend [illegible] Wirtschaftstheoretiker gegeben, die das seit Jahren gegenüber den „Wirtschaftsdemokraten" festgestellt und vorausgesagt haben. Sie wurden [illegible] als „Revolutionsromantiker" abgetan. [illegible] in den Reihen der hiesigen oppositionellen „Vorwärts"-Mitglieder gab es viele Genossen, die vor den überstürzten Ausdehnungen und Neubauten warnten. So wurde von diesen Genossen vor dem Bäckereineubau mit hieb- und stichfesten Gründen darauf hingewiesen, daß die alte Bäckerei vollauf genüge und noch gar nicht voll ausgenützt sei, daß ihre Leistungsfähigkeit noch um 50 Prozent zu steigern sei. Aus ähnlichen Gründen wurde die Verwaltung vor dem Kauf und der Einrichtung des Kaufhauses gewarnt.

Doch alle diese Mahnungen wurden von der Verwaltung in den Wind geschlagen, ja als „Nörgelei" abgetan. Daß die Verwaltung bei Durchsetzung ihrer Pläne gegen alle Warnungen auch vor der Verkleisterung der Wahrheit nicht zurückschreckte, hat selbst der sonst mit ihr durch dick und dünn gehende zweite Aufsichtsratsvorsitzende Voigt einmal ausgesprochen. Deshalb hat sich auch die Verwaltung stets mit Händen und Füßen gegen die Erneuerung des Aufsichtsrats gewehrt. Und wenn es einmal wirklich gelang, einen sachkundigen Kritiker hineinzubekommen, dann wurde er vom engeren Gremium kaltgestellt und ausgeschaltet.

Eine für den „Vorwärts" unheilvolle Rolle hat neben der Verwaltung der schon genannte Voigt gespielt. Er war von Anfang an im Aufsichtsrat und hätte die Dinge kennen und voraussehen müssen. Aber er als „Bauberater" im „Vorwärts" war umgekehrt der treibende Keil und hatte offensichtlich in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Geschäftsführer des schlesischen Bauhüttenverbandes ein Interesse an vielen Neubauten des „Vorwärts", da die Bauhütte diese Bauten ausführte. Das erklärt manches.

Schärfste Kritik verdient auch die Personalpolitik und Günstlingswirtschaft in der Verwaltung. Es sei nur an die Bestellung des für diesen Posten nicht im mindesten gewachsenen Kaufhaus-Direktors Senk jun. erinnert, der allerdings dann wegen anderer Dinge entlassen werden mußte. Ebenso ist bekannt, daß bei der Anstellung von oberen wie unteren Angestellten weniger die geschäftliche Tüchtigkeit, als die „politische Zuverlässigkeit" eine Rolle spielte.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß einem auch bei dieser Affäre wieder dieselben bekannten Gestalten aus dem obersten Gremium der hiesigen SPD-Führerschaft begegnen, wie bei dem Skandal in der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Die Senk sen., Ruffert und Gen. spielen hier wie dort die gleich unrühmliche Rolle.

Noch eines sei ausdrücklich festgestellt: Die rein proletarischen Mitglieder haben trotz ihres jämmerlich geringen Einkommens ihre Pflicht gegenüber der Genossenschaft (Höhe des jährlichen Wareneinkaufs) voll erfüllt, aber die gutbezahlten sozialdemokratischen höheren Beamten und Angestellten bei der Stadt, in Partei und Gewerkschaft halten sich in ihrer Mehrheit für zu „vornehm", um im Konsum zu kaufen.

Das sind neben der grundfalschen Gesamtpolitik die wirklichen Ursachen der jetzigen Katastrophe. Wenn jedoch die faschistisch-konterrevolutionäre Meute glaubt, aus diesen Dingen für sich Kapital schlagen zu können, so erklären die Arbeiter demgegenüber, daß diese Gesellschaft nicht das mindeste Recht hierzu hat. Denn die Korruption der bürgerlich-faschistischen Geschäftemacher stinkt zum Himmel, wird aber stets von den Nazis und Konsorten mit dem Ruf nach Staatssubventionen gedeckt.

Für die Arbeiter entscheidend ist die Frage:

Was nun?

Hier gibt's für jeden Proletarier und Klassenkämpfer nur eines: Zwar schärfste Kritik und rücksichtslose Ausräucherung aller Mißstände, aber unbedingte Verteidigung und Aufrechterhaltung des Arbeiterunternehmens. Es muß von sämtlichen Mitgliedern und Arbeitern — diese Mahnung richten wir besonders auch an alle SAP-Genossen — alles getan werden, um einer Panikstimmung entgegenzutreten und um einen Vergleich zur Vermeidung des Konkurses zustande zu bringen. Das ist schon deshalb notwendig, um die proletarischen Spargelder nicht verloren gehen zu lassen und um den auf jeden Fall unentbehrlichen Arbeiterkonsum aufrechtzuerhalten.

Um das aber zu ermöglichen, ist die erste Voraussetzung die Fortsetzung, Aufrechterhaltung, ja Steigerung des Wareneinkaufs beim „Vorwärts". Auch jetzt bekommt jeder Proletarier seine Ware im „Vorwärts" mindestens so billig und so gut, wie wo anders. Nur wenn der Umsatz mindestens aufrechterhalten wird, besteht die Möglichkeit, die jetzigen Schwierigkeiten zu überwinden und, wenn auch erst für spätere Zeit, den Spargläubigern ihre Guthaben, allen Mitgliedern ihren Geschäftsanteil zu sichern. Bemerkt sei auch, daß eventuell beabsichtigte Mitgliedschaft-Kündigung nicht nur falsch, sondern auch völlig zwecklos wären, weil jetzige Kündigungen erst am 1. Juli 1934 rechtswirksam werden. Genossen, die etwa schon gekündigt haben sollten, fordern wir auf, die Kündigung wieder zurückzunehmen. Das ist revolutionäre Pflicht.

Geeignete Wahrnehmung der Spargläubiger-Interessen

Wie wir hören, besteht die Absicht, eine Versammlung der Spargläubiger einzuberufen. In dieser Versammlung soll eine Zusammenfassung der Kleingläubiger erfolgen, damit ihre Interessen in dem Vergleichsverfahren wirksamer vertreten werden können, eine Zersplitterung vermieden und jedenfalls durchgesetzt werden kann, daß sie in einem Gläubigerausschuß, der die Durchführung des Vergleichsverfahrens zu überwachen hat, beteiligt sind.

Diese Absicht unterstützen wir auf das lebhafteste.

Also, trotz alledem Verteidigung des Konsums und alle Kraft eingesetzt, ihm nicht nur aus seinen jetzigen Schwierigkeiten zu helfen, sondern ihn zu einem Organ des Klassenkampfes zu machen!

Regierung und Nazis bleiben in Fühlung

Wir berichteten kürzlich über einen neuen Besuch des nationalsozialistischen Stabschefs Roehm bei Schleicher — eine Aktion, die so unmittelbar nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Hitler immerhin Aufsehen erregen konnte. Die „Hamburger Nachrichten", ein gut unterrichtetes deutschnationales Blatt, schreiben jetzt hierzu folgendes:

„Es liegen Meldungen vor, denen zufolge eine Aussprache zwischen Reichswehrminister General v. Schleicher und dem Führer der nationalsozialistischen Sturmabteilungen, Hauptmann Roehm, stattgefunden habe. Diese Nachrichten sind zutreffend, entbehren aber jeglicher Sensation. Es ist selbstverständlich das Bestreben der Reichsregierung sowie der Nationalsozialisten, den negativen Ausgang der Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten über die Regierungsumbildung nicht zu einer erbitterten gegenseitigen Kampfstellung werden zu lassen. Entsprechend der Mahnung des Reichspräsidenten, die Opposition ritterlich zu führen, werden auch weiterhin zwischen Regierung und Nationalsozialisten laufende Besprechungen über die politische Lage stattfinden, da nach wie vor das große Ziel bestehen bleibt, in geeigneter Form die breiten aufbauwilligen Kräfte der Rechtsbewegungen zu tätiger Mitarbeit an der Politik der Reichsregierung heranzuziehen."

Auch diese Meldung bestätigt also unsere Auffassung, daß die Fäden zwischen der Regierung Papen-Schleicher und der NSDAP nicht abgerissen sind. Die Arbeiterschaft wird die weitere Entwicklung dieser Verhandlungen mit größter Aufmerksamkeit und entsprechender Kampfbereitschaft zu verfolgen haben.

Auch die Nazis werden zugänglicher

Wir berichteten in den letzten Tagen fortlaufend über die Bemühungen des Zentrums, zunächst in Preußen zu einer Koalition mit den Nationalsozialisten zu kommen. Näheres lagen dazu von seiten der Nazis keinerlei Aeußerungen vor. Jetzt erklärt der „Angriff", das Blatt des Herrn Goebbels, daß eine Koalition zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten in Preußen in den Bereich der Möglichkeit gerückt sei. Der „Angriff" benutzt diese Aussicht zu einem Gefecht gegen die Regierung Papen, indem er erklärt, es beginne nunmehr auch die Stütze zu wanken, die die Reichsregierung bisher in Preußen gefunden habe, denn das Zentrum zeige sich bereit, den Nationalsozialisten den Ministerpräsidentenposten in Preußen auszubilligen.

Gleichzeitig teilt der „Angriff" mit, daß der nationalsozialistische preußische Landtagspräsident Kerrl nach München zu Hitler gereist sei „zwecks Berichterstattung und Information über das preußische Regierungsproblem"; vom Resultat der Unterredung mit Hitler hingen die weiteren Maßnahmen ab.

Kube will die ganze Macht

Berlin, 18. August.

Der Führer der nationalsozialistischen preußischen Landtagsfraktion, Abg. Kube, veröffentlicht unter dem Titel „Lustige Ratgeber" in dem Preußischen Pressedienst der NSDAP einen Artikel, in welchem er die Forderungen seiner Partei für die Machtübernahme in Preußen umreißt. „Ich lehne den Reichskommissar Dr. Bracht und seine schwarz-roten Staatssekretäre sachlich und persönlich scharf ab", heißt es u. a. in dem Artikel. „Die aus der Schreibtischschublade des sozialdemokratischen Innenministeriums herausgesuchte ‚Verwaltungsreform' lehnen wir brüsk ab. Hier hat Dr. Bracht bewiesen, wohin er politisch noch heute gehört: zum Zentrum und nur zum Zentrum. Diese ‚sachliche Arbeit' im Zusammenhang mit der geradezu unverständlichen Personalpolitik und den Polizeiangriffen gegen uns Nationalsozialisten zeigt die unbedingte Notwendigkeit, daß auch in Preußen die Zwischenlösung des Reichskommissariats sobald wie möglich, d. h. sofort, zu verschwinden hat und daß allein Adolf Hitler auch in Preußen für Ordnung sorgen kann."

Reichstag einberufen

WTB Berlin, 18. August.

Der Präsident des früheren Reichstages, Löbe, hat nach einer Rücksprache mit dem Reichskanzler den neugewählten Reichstag auf Dienstag, 30. August, nachmittags 3 Uhr, einberufen.

Nazis werden aus der Haft entlassen!

Es kommt wahrlich selten genug vor, daß Nazionalsozialisten verhaftet werden. Wenn aber einmal die Dinge so liegen, daß die Behörden diesen Schritt wirklich nicht mehr vermeiden können, dann erhebt die nationalsozialistische Presse ein großes Geschrei, und nach kurzer Zeit kann sie den Erfolg verzeichnen, daß die Verhafteten wieder entlassen werden.

Ein besonders krasser Fall dieser Art hat sich jetzt im Zusammenhang mit den Bomben- und Handgranatenanschlägen in Schleswig-Holstein abgespielt. Dort war ein nationalsozialistischer Arzt, Dr. Foerst verhaftet worden. Ueber ihn steht nach einer amtlichen Mitteilung des Oberstaatsanwalts in Altona, des Leiters der Anklagebehörde beim dortigen Sondergericht, mindestens fest, daß er in engster Verbindung mit den Attentätern gestanden hat, sie mit Erfolg den Zugriffen der Behörde entzog und wahrscheinlich einer der führenden Köpfe dieser ganzen Attentatsaktionen gewesen ist. Trotzdem ist Dr. Foerst aus der Haft entlassen worden, da angeblich weder „Verdunkelungsgefahr noch Fluchtverdacht" bestehen — eine Behauptung, die umso toller ist, weil ja die Mehrzahl der Täter sich noch in Freiheit befindet und daher jetzt von Dr. Foerst gewarnt und über sein Verhör und ihre Aussagen instruiert werden können. Wenn es sich um kommunistische oder Reichsbannerarbeiter handelt, dann macht es den Behörden garnichts aus, die Beschuldigten und oft genug Unschuldigen wochen- und monatelang in Untersuchungshaft zu halten!

Schneidemühl, 18. August.

Die hiesige Justizpressestelle äußert sich heute über die Zusammenstöße zwischen SA-Leuten und Polizei in Glumen im Kreis Flatow. Sie teilt dazu mit: Das Amtsgericht in Flatow hat einen Ortstermin in Glumen abgehalten. An dem Termin haben der Oberstaatsanwalt aus Schneidemühl, der Verteidiger der Beschuldigten und eine Anzahl Beschuldigter und Zeugen teilgenommen. Die Untersuchung an Ort und Stelle hat einwandfrei ergeben, daß die beschuldigten SA-Leute wenn nicht in Notwehr, so doch mindestens in vermeintlicher Notwehr gehandelt haben. Dem Vorgehen der beschuldigten SA-Leute ist unmittelbar ein Angriff aus der polnischen Bevölkerung vorangegangen, insbesondere aus dem erstürmten Gehöft. Es hat sich herausgestellt, daß die Beschädigungen an dem Hause nicht so schwerwiegend sind, wie es zunächst dargestellt worden ist. Auf Antrag des Oberstaatsanwaltes ist der gegen die beschuldigten SA-Leute erlassene Haftbefehl aufgehoben worden. Die verhaftet gewesenen SA-Leute sind bereits aus der Untersuchungshaft entlassen. Gegen den auf der polnischen Seite beteiligt gewesenen Kujawa ist vom Amtsgericht in Flatow wegen dringenden Schuldverdachts auf § 223 a des Strafgesetzbuches Haftbefehl erlassen worden.

Neuer Terrorakt

In dem Dorfe Jamm in Oberschlesien wurde das Anwesen des Häuslers Barowski durch eine Handgranate zerstört. Der Sprengkörper wurde in der Nacht gegen das Haus geschleudert, die Fensterscheiben zersprangen, ein Teil der Möbel wurde zertrümmert und das Strohdach geriet in Brand, so daß das ganze Gebäude niederbrannte. Da die beiden Söhne des Besitzers der KPD angehören, so ist kaum daran zu zweifeln, daß es sich wieder um einen nationalsozialistischen Anschlag handelt.

Wieder ein Sprengstoff-Attentat

In Landsberg a. W. wurde am Mittwoch früh gegen 3 Uhr auf ein am Rande der Stadt gelegenes Haus ein Sprengstoffanschlag verübt, der sich gegen den im Obergeschoß wohnenden Landgerichtsrat Dr. Wilhelm Salinger richtete. Der Sprengstoff fiel zu kurz vor dem Hause nieder, so daß zwar die Fensterscheiben des Hauses und der umliegenden Gebäude eingedrückt wurden, Verletzungen von Personen aber nicht vorkamen. Der Täter scheint den Sprengstoff von einem Fahrzeug aus geschleudert zu haben — eine Methode, die bekanntlich in der letzten Zeit wiederholt von Nationalsozialisten angewandt worden ist.

Schamloser Mißbrauch

Durch eine der famosen Notverordnungen der Regierung Brüning, übrigens auf besonderes Betreiben der preußischen Staatsmänner Severing und Grzesinski, wurde der Reichsregierung und den Länderregierungen das Recht übertragen, der Presse sogenannte Auflagenachrichten zu übersenden. Die Zeitungen sind gezwungen, diese Berichtigungen der Regierungsstellen nach genauer Vorschrift in bestimmter Größe und Schriftart und an bestimmter Stelle ihrer nächsten Nummer zu veröffentlichen. Sie dürfen zu dieser Auflagenachricht in der gleichen Nummer nicht Stellung nehmen.

Diese Notverordnung wurde damals von der ganzen sozialdemokratischen Presse lebhaft begrüßt, weil sie angeblich geeignet sei, der Wahrheit zu dienen. Inzwischen hat sich, wie unschwer vorauszusehen war, ein ganz übler Mißbrauch dieses Regierungsrechtes herausgebildet. So hatte zum Beispiel das „Berliner Tageblatt" am 9. August ein Telegramm seines Korrespondenten aus Köln veröffentlicht, nach dem die Kölner Polizei an verschiedenen Stellen bei Nazis erhebliche Waffenbestände gefunden hätte. Jetzt zwingt der kommissarische preußische Innenminister das demokratische Blatt, „am Kopfe der ersten Seite über zwei Spalten hinweg" in besonders auffallendem Druck eine amtliche Entgegnung zu veröffentlichen, in der, natürlich, die Nazis reingewaschen werden. Das ist nur ein Beispiel für viele derartige Fälle, die sich jetzt Tag für Tag ereignen. Auch dieses Recht der Auflagenachrichten entpuppt sich also als ein Mittel zur Beseitigung der letzten Reste der Pressefreiheit.

Meuternder SA-Sturm

Im nationalsozialistischen „Westdeutschen Beobachter" wird ein SA-Befehl veröffentlicht, nach dem der Sturm 14/25 in Köln „mit sofortiger Wirkung aufgelöst und durch einen noch zu ernennenden Sturmführer neu aufgestellt wird". Wie der „Vorwärts" dazu erfährt, hatte es in dem Sturm eine schwere Meuterei gegeben, weil die Leute mit der Entscheidung Hitlers nicht einverstanden waren.

Immer nur gegen Kommunisten

Trier, 18. August.

In der vergangenen Nacht hatten zwei Kommunisten an einem Hause aufreizende Inschriften angebracht. Sie wurden heute vom Schnellrichter wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und wegen Beschädigung des Hauses zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Ein anderer Kommunist, der „Schmiere" gestanden, aber trotzdem die Polizei übersehen hatte, erhielt dieselbe Strafe.

Hamburg. Ein junger Kommunist, der einen Polizeibeamten angegriffen und verletzt hatte, wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Zwei andere Teilnehmer an diesem Zusammenstoß wurden zu je zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

CNB. Hannoversch-Münden. Die „Mündensche Nachrichten" berichten, daß seit Mittwoch ein Kommissar der Landeskriminalpolizei Hannover in Hannoversch-Münden mit der örtlichen Polizei zusammenarbeitet, um einer kommunistischen Aktion auf die Spur zu kommen. Bisher seien fünf Personen verhaftet worden. Nach der Meldung des Blattes setzt der Landeskriminalkommissar seine Arbeiten in Göttingen fort.

Magdeburg. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die „Tribüne", kommunistische Tageszeitung für den Bezirk Magdeburg-Anhalt, auf drei Tage verboten. Das Verbot ist erfolgt, weil durch Ausführungen in dieser Zeitung die Polizei beschimpft und böswillig verächtlich gemacht wurde.

Waffensuche nur nach links

WTB. Schmalkalden, 19. August.

Im Kreise Schmalkalden wurden bei Mitgliedern des Reichsbanners, der Eisernen Front und der SPD Haussuchungen nach Waffen vorgenommen. Es wurden Gewehre, Revolver und Munition gefunden. Die Besitzer der Waffen wurden verhaftet.

Der Tag der Haftentlassungen

Dritter Verhandlungstag im Ohlauer Prozeß — SA- und SS-Zeugen unzuverlässig — Voruntersuchung leichtsinnig geführt

(Von unserem nach Breslau entsandten Berichterstatter)

Bei Zusammenfassung der am Donnerstag gemachten Zeugenaussagen ergibt sich für die entscheidende Schlacht bei den Auseinandersetzungen in Ohlau etwa folgendes Bild.

Die Nationalsozialisten beabsichtigten, nachdem sie durch die provokatorisches Benehmen die Bevölkerung Ohlaus erregt hatten, ihre in der Nähe Ohlaus wohnenden Genossen ein Stück Wegs zu begleiten. Ein solcher Trupp SA-Leute geriet dann auf durchaus noch nicht einwandfrei geklärte Weise in tätliche Auseinandersetzungen mit Angehörigen des Reichsbanners, wobei wie bekannt zwei SA-Leute tödlich verletzt wurden. Im Zusammenhang mit diesem Zusammenstoß ist, wie heute durch die verschiedenen Zeugenaussagen als erklärt betrachtet werden darf, Stadtrat Manche von Nationalsozialisten verfolgt worden. Er wehrte sich mit einer Pistole, wurde jedoch von der dem feindlichen Ueberfall niedergerungen. Diese neue Erkenntnis ist um so wichtiger, da der von den Nazis schwer verletzte Stadtrat als einer der Hauptangeklagten vor Gericht steht.

Alle Aussagen, auch die der SA-Leute, wurden zu Entlastungen Manches.

Es ergab sich, daß Manche nie und nimmer der Anführer angeblich angreifender Reichsbannerleute gewesen sein kann, da er von allen Zeugen allein gesehen wurde. Gleichzeitig aber ging aus den Aussagen glaubwürdiger Zeugen hervor,

daß ganz zweifelsfrei SA-Leute Manche verfolgt und schwer bedrängt haben.

Ein anderer angeklagter Proletarier, Quester, wurde von den SA-Leuten beschuldigt, aus seiner Wohnung oder vor seiner Wohnung auf die Nationalsozialisten geschossen zu haben. Daraufhin wollen die Nationalsozialisten zur Tür des betreffenden Hauses gelaufen sein, sie mit Gewalt geöffnet haben, um — wie sie behaupten — wieder wegzugehen. Queste, der sich seit Langem in Untersuchungshaft befindet, wurde durch die Aussagen von durchaus glaubhaften Zeugen so weitgehend entlastet, daß das Gericht, unter Vorsitz des sich durch außergewöhnliche Korrektheit auszeichnenden Landgerichtsdirektors Dr. Herzog, den Haftbefehl aufhob.

Eine größere Zahl aus dem Dorf Wurben bei Ohlau stammender Reichsbannerleute befindet sich unter den Angeklagten und wird wohl seit Beginn des Verfahrens in Untersuchungshaft gehalten. Nun hat sich durch mehrere sich vollkommen deckende Aussagen ergeben, daß mehrere dieser Leute gar nicht in Ohlau geblieben sind, sondern auf direktem Wege nach ihrem Heimatort fuhren. Selbst von böswilligster Seite kann nicht mehr behauptet werden, daß diese Reichsbannerleute, die garnicht in Ohlau bei den Zusammenstößen zugegen waren, noch als dringend tatverdächtig betrachtet werden können.

So hob das Gericht auch diese Haftbefehle am Mittwoch Nachmittag auf.

Der Angeklagte Trettau, von dem behauptet wurde, er sei an den Auseinandersetzungen in Ohlau aktiv beteiligt gewesen, ist gleichfalls gar nicht in Ohlau gewesen. Er hat vielmehr, wie die Zeugenvernehmung ergeben hat, bis gegen 2 Uhr nachts getanzt. Er hat keine politischen Gegner umgebracht oder umbringen wollen, er hat sich damit begnügt, die erfreuliche Bekanntschaft eines sehr netten Mädels zu machen, das ihm hoffentlich mit seiner Aussage helfen wird.

Schließlich haben Aussagen, die durchaus den Stempel der Wahrheit trugen, ergeben, daß die Nationalsozialisten zuerst in Ohlau tätlich gegen die Bevölkerung vorgegangen sind. Die Zeugin Walli Pirle aus Ohlau hat berichtet wie die Nationalsozialisten vom Auto sprangen und auf die am Straßenrand stehenden Arbeiter einschlugen. Sie hat die Pfiffe und Kommandos der SA-Führer gehört, sie hat schließlich unbewußt der Grundstimmung in Ohlau Ausdruck gegeben, indem sie auf die Frage des Vorsitzenden, warum sie denn weggelaufen sei, das Ganze wäre sie doch durchaus nichts angegangen, erklärte: „Ich werde mich doch nicht prügeln lassen!"

Aus den Zeugenaussagen hat sich mit immer größerer Klarheit zweierlei ergeben: Die Zeugenaussagen der SA- und SS-Leute sind durchaus unzuverlässig. Die Voruntersuchung muß mit geradezu verantwortungslosem Leichtsinn geführt worden sein.

Die SA-Zeugen haben behauptet, Manche sei nicht verfolgt worden, er habe grundlos und blindlings in die Menge hinein geschossen. Sie waren aber nicht imstande zu erklären, woher dann die schweren Verwundungen Mis rührten. Das gleiche Spiel hat sich noch eindrucksvoller im Falle des jungen Mannes, der eine Nacht durchlanzte und zum Friedensbrecher gestempelt worden ist, erwiesen. Da hatte sogar einer beschworen, ihn in grünem Hemd in Ohlau gesehen zu haben. Aber der Angeklagte war weder in Ohlau, noch hat er jemals ein grünes Hemd besessen oder getragen.

Die Zeugenvernehmungen werden morgen beendet werden, so daß am Sonnabend die Plädoyers beginnen dürften.

Im Laufe des letzten Verhandlungstages ging eine Fülle von Sympathieerklärungen aus allen Teilen des Reiches für die Angeklagten ein. Viele tausende Proleten haben in Solidarität ihrer Klassengenossen auf der Anklagebank gedacht und Protest erhoben gegen die Ungeheuerlichkeit eines Staates, der solche Prozesse gegen Arbeiter überhaupt möglich macht.

Der Stratosphärenflug

Verona, 18. August.

Nachdem Professor Piccard, wie bereits gemeldet, um 5 Uhr früh in Dübendorf gestartet war, ist der Ballon, nachdem er Rivo in etwa 14000 Meter Höhe überflogen hat, in der Nähe von Verona am unteren Gardasee um 17 Uhr niedergegangen.

Ueber den Verlauf des Fluges, wie er von Land aus, d. h. von den einzelnen Wetterstationen und Ortschaften beobachtet wurde, verlautet:

„Nach einer Meldung eines der den Ballon verfolgenden Kraftfahrer befand sich der Ballon um 8.30 Uhr über Surgans (Kanton Graubünden) in einer Höhe von etwa 14 000 bis 16 000 Meter. Er bewegte sich mit einer Geschwindigkeit von etwa 40 Kilometer in südlicher Richtung. Aus der Gondel des Ballons wurde um 9.40 Uhr folgende Funkmeldung abgesandt: „Fliegen gegen Meran, sind auf halber Distanz." Ein weiterer Funkspruch aus der Gondel lautet: „Hier alles gut. Messungen gut. Höhe 14 000 bis 15 000 Meter." Um 9.08 Uhr wurde der Ballon von St. Anton am Arlberg aus über dem Hohen Riffler gesichtet.

Um 11.31 Uhr sandte Professor Piccard folgenden Funkspruch: „Haben Engadin und Samaden überflogen, Höhe 16 500 Meter. Hier alles in Ordnung, aber sehr kalt." Weiter meldet Professor Piccard: „Werden bald niedergehen, um Adriatisches Meer zu vermeiden, Gardasee in Sicht." Wie aus Sulden berichtet wird, ist seit 11.15 Uhr der Ballon vom Ortler aus zu sehen. Er steht in sehr großer Höhe ziemlich unbeweglich."

Wie Piccard landete

Volta Mantovana, 18. August.

Gegen 17 Uhr **sahen die Einwohner von** Volta Mantovana **am Himmel Professor Piccards Ballon,** den sie sogleich an der charakteristischen kugelförmigen Gondel erkannten. Um 17.30 Uhr landete der Ballon drei Kilometer von Volta Mantovana, wobei die Gondel gegen einen Hügel stieß. Bei diesem Stoß heben die Bordinstrumente um. Piccard verließ die Gondel, während die Automobile, die dem Ballon gefolgt waren, von allen Seiten am Landungsplatz eintrafen. Kurz darauf gingen Landleute unter der Leitung des Begleiters Piccard, Cosyns, an die Abmontierung des Ballons. Piccard lehnte es ab, sich über die technischen Ergebnisse des Fluges zu äußern, bevor er die Bordinstrumente geprüft habe. Er erzählte, daß er nach seinem Start in Zürich innerhalb von drei Stunden eine Höhe von 16 500 Metern erreicht habe, wo der Himmel sehr dunkel gewesen und eine sehr starke Kälte geherrscht habe. Zur Orientierung hätten ihm die Seen gedient, die sehr klar gewesen seien. Am Mittag habe er sich über den Alpen befunden, wobei er diese überflogen und bald darauf den Gardasee erkannt habe, über dem er bis auf 3000 Meter niedergegangen sei. Da vollkommene Windstille herrschte, sei er mehrere Stunden über dem See geblieben und habe sich dann der Erde genähert, wobei er nach einem für die Landung geeigneten Platze Ausschau gehalten habe. Der Flug sei sehr gut verlaufen und die Instrumente hätten glänzend gearbeitet.

*

Paris, 19. August.

Ein Vertreter der **Agentur Havas meldet** aus Besenzano, der Begleiter von Professor **Piccard,** Ingenieur **Cosyns, habe** erklärt, **daß sämtliche wissenschaftlichen** Instrumente bei der Landung beschädigt worden seien; doch seien **die wissenschaftlichen** Dokumente **intakt geblieben.**

Schade um das Papier

Preußens Exregierung an den Staatsgerichtshof

Es ist schon fast in Vergessenheit geraten, daß der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich noch die endgültige Entscheidung über die Exekution des Reiches gegen Preußen zu fällen hat. Seit etwa vier Wochen sind nun Braun und Severing ihrer Ämter enthoben und ebenso lange walten die neuen Herren, sehr viel energischer als ihre Vorgänger, ihres Amtes. Man sage jedoch nicht, daß von der anderen Seite während dieser Zeit nichts geschehen sei. Das ehemalige preußische Staatsministerium und die Landtagsfraktionen des Zentrums und der SPD haben lange Denkschriften ausgearbeitet, die sie nunmehr dem Staatsgerichtshof zugeleitet haben.

In diesen Darlegungen wird gesagt, in Preußen sei die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung keineswegs gefährdet gewesen und daher habe für das Eingreifen des Reiches keine verfassungsmäßige Voraussetzung bestanden. Mit Entschiedenheit müsse auch der Vorwurf zurückgewiesen werden, daß das Preußische Innenministerium nicht mit der genügenden Energie gegen die Kommunisten vorgegangen sei. Weiter wird in umfangreichen Ausführungen dargelegt, daß das Vorgehen des Reiches auch formal zu beanstanden sei, denn Voraussetzung einer jeden Exekution sei eine vorhergehende Mitteilung an die Landesregierung, in welchen Vorkommnissen eine Pflichtverletzung gefunden werde. Erst wenn die Landesregierung trotzdem keine Abhilfe schaffe, sei die Reichsexekution zulässig.

Diese Denkschrift, die der frühere stellvertretende preußische Ministerpräsident Dr. Hirtsiefer im Namen der übrigen Staatsminister unterzeichnet hat, wird an den Machtverhältnissen in Preußen nichts ändern. Politische Auseinandersetzungen werden nun einmal nicht formaljuristisch entschieden.

Wolkenbrüche in Französisch-Westafrika

Paris, 18. August.

Die Gegend von Bamako in Französische Westafrika wurde in den letzten Tagen von schweren Wolkenbrüchen heimgesucht, die verheerenden Schaden anrichteten. Eine Eisenbahnstrecke wurde aufgerissen, was die Entgleisung eines Zuges zur Folge hatte. Die Zahl der Opfer soll beträchtlich sein. 6 Eingeborene wurden überdies von einem Wirbelsturm erfaßt und kamen ums Leben. Hunderte von Eingeborenenhäusern sind vernichtet worden; die Wege sind teilweise unbefahrbar.

Von abstürzenden Gesteinsmassen erschlagen

Kupferberg (Oberfranken), 19. August.

In einem hiesigen Hartsteinwerk wurden gestern die beiden Arbeiter Anton Schicker und Fritz Zahl bei der Arbeit von abstürzenden Gesteinsmassen erschlagen. Ueber die Ursache des Unglücks ist Näheres noch nicht bekannt.

Spinale Kinderlähmung

Waldenburg, 18. August

Wegen eines Falles von spinaler Kinderlähmung wurde die Oberschule in Langwaltersdorf auf Anordnung des Kreismedizinalrats auf 14 Tage geschlossen.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

21) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

„Genossen, es wird Zeit, daß wir nach der Schicklerstraße rübergehen!"

Einige stehen schon an der Treppe.

Sie gehen in die Gaststube hinauf.

Oben verteilen sie sich und verlassen unauffällig, einzeln und zu zweien, das Haus.

In der Schicklerstraße 5, auf dem Hof, 2 Treppen, zwischen Konfektionsstuben, Hutfabriken und Tütenklebereien, befinden sich die Räume der Bildungsschule der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. In einem Zimmer sitzen vielleicht vierzig Arbeiter, eingeklemmt zwischen den engen Schulbänken. Weitere zwanzig stehen an den Wänden herum. Auch die nacheinander eintreffenden Mitglieder aus der Sitzung der Stoßtruppführer müssen stehen.

Vollsitzung der Revolutionären Obleute.

Die Obleute führten im Januar 1918 die Berliner Arbeiter in den Streik; gegen den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk und für eine Beendigung des Krieges ohne Annexionen und ohne Entschädigungen. Diese Bewegung entwickelte sich zur ersten geschlossenen Aktion gegen den Imperialismus der Regierung — bis die Gewerkschaftsbürokratie Einfluß gewann, die Abgeordneten Ebert, Scheidemann, Bauer in die Streikleitung eintraten und den Kampf in Verhandlungen ableiteten. Der Minister des Innern, der nur mit den Parlamentariern, aber nicht mit den Arbeitern verhandeln wollte, ließ die Versammlungen verbieten. Das Oberkommando in den Marken verhängte den verschärften Belagerungszustand über Berlin und setzte ein außerordentliches Kriegsgericht ein.

Vierhunderttausend Arbeiter waren der Streikparole gefolgt. Zweihundert wurden nach dem Zusammenbruch des Streiks in die Zuchthäuser geschickt, vierzigtausend in die Schützengräben.

Von den Führern der Bewegung kamen nach dem Zusammenbruch des Streiks achtzehn Mann zusammen, um die Organisation neu aufzubauen. Der zum Militär einberufene Vorsitzende Richard Müller brachte in die erste Sitzung Emil Barth mit, der nach Müllers Ausscheiden die Leitung der Obleutebewegung übernahm.

Emil Barth sitzt vorn am Lehrerpult.

Er hört dem Organisator der Stoßtruppführer zu, der ihm über die eben beendete Nebensitzung berichtet.

Barth sieht anders aus als die auf den Bänken sitzenden Metallarbeiter. Die haben schwere Knochen, sind langsam im Reden und langsam in ihren Bewegungen. Barth liebt die große Phrase und versäumt keine Gelegenheit zu einer Rede. Richard Müller hat ihn zu einer Zeit in den Kreis eingeführt, da ein politisch bekannter Mann den Polizeibehörden gegenüber unmöglich gewesen wäre. Später nannte er ihn einen „Schwadroneur", Haase bezeichnet ihn als Renommisten, Liebknecht als „wahnwitzigen Revolutionsdilettanten", Duncker vom Spartakusbund als einen aus „Minderwertigkeitsgefühlen zur Macht drängenden Psychopathen", und Barth quittiert alle Anwürfe damit, daß er die andern „hirnverbrannte Generäle der Arbeiterbewegung" schimpfte, die weltfremd an ihren Schreibtischen säßen und keine blasse Ahnung hätten, wie Revolutionen eigentlich gemacht werden. Als er zu den Obleuten kam, ging er an zwei Stöcken und führte sich als „Kriegszitterer" ein. Jetzt zittert er nicht mehr, er hat es auch aufgegeben, andere darin auszubilden. Die Tätigkeit als Vorsitzender der geheimen Organisation erfüllt ihn ganz. Der aus der tiefsten sozialen Schichtung aufsteigende Barth besitzt gute organisatorische Fähigkeiten und ist von wildem Ehrgeiz getrieben. Die Gelegenheit zu politischer Tätigkeit ergriff er mit fanatischem Eifer.

Die Obleute sind mit ihrem Vorsitzenden, der seine ganze Kraft für die gemeinsame Sache einsetzt, zufrieden. Seine überschwenglichen Reden nehmen sie als notwendiges Uebel mit in Kauf.

Barth eröffnet die Sitzung wieder und führt aus:

„Genossen! Ich habe Ihnen zunächst eine Mitteilung zu machen. Wir vom ‚Kopf' haben zu der heutigen Sitzung Karl Liebknecht eingeladen. Sie werden damit einverstanden sein. Aber was ich betonen wollte: Liebknecht ist in unserem Kreis wie jeder andere Vertreter einer politischen Partei zu behandeln: als Gast mit beratender Stimme. Ich erwarte, daß Sie sich durch das Erscheinen Liebknechts nicht von unserer geraden Linie abbringen lassen. Die Stunde, in der wir unsere Aufgabe zu vollbringen haben, ist nicht mehr fern. Die Siegestrunkenheit der Herrschaften ist augenblicklich einem ernüchternden Katzenjammer gewichen. Die Gottähnlichkeit der Hohenzollern und Ludendorffs ist in die Brüche gegangen. Der Hunger, das Elend, die Sorge, der Kummer, die Not haben den Schrei nach Friede und mehr noch, den Schrei nach Rache gegen die Schuldigen, in jedem Herzen entfacht.

Unsere Vorbereitungen sind abgeschlossen. Der Aufmarschplan ist durchgesprochen und in allen Einzelheiten festgelegt. Waffen und Munition sind durch unsere Führer an die Stoßtrupps in den einzelnen Betrieben verteilt. Auf das Signal zum Kampf wird die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter marschieren in geschlossenen Zügen nach dem Innern der Stadt. Die Arbeiter aus dem Stadtinnern riegeln die Hauptstraßen ab. In wenigen Stunden wird Berlin mit riesigen Menschenmassen angefüllt sein . . ."

„Und was wird die Polizei machen?"

„Wie wird sich das Militär verhalten?"

„Zu diesen Fragen erteile ich dem Genossen Däumig das Wort."

Ernst Däumig — preußischer Deserteur, französischer Fremdenlegionär, Schlafwagenkontrolleur, Journalist, bis zur Parteispaltung Redakteur im „Vorwärts" — spricht kurz und sachlich:

„Die Polizisten sind als absolut regierungstreu anzusehen, aber sie können von den auf die Züge verteilten bewaffneten Stoßtrupps überwältigt werden. Schwieriger ist die zweite Frage. Gegen das Militär können wir mit unseren paar Waffen nicht viel ausrichten. Ich habe versucht, die Soldaten für den bevorstehenden Kampf zu gewinnen. Ich habe auch in mancher Kaserne Anschluß gefunden und weitgehende Unterstützung und Zusagen von Soldaten erhalten. Viele sind auf unserer Seite. Aber es ist sehr schwer, ein zuverlässiges Urteil über die Haltung im ganzen zu gewinnen. Besonders, weil die Militärbehörde eine dauernde Verschiebung vornimmt und auch in den letzten Tagen wieder die Bestände der Garnison mit Provinztruppen aufgefüllt hat, denen die politischen Verhältnisse vollständig fremd sind. Das Militär muß durch die von allen Seiten anstürmenden Massen isoliert werden. Die Masse muß mit den Soldaten fraternisieren und sie auf unsere Seite herüberziehen!"

„Wann sollen wir losschlagen, das ist die Frage!"

„Wir dürfen nicht mehr lange warten!"

„Warten kann uns allen den Kopf kosten!"

Ein Motorenschlosser von Daimler erzählt:

„Wir bei Daimler und auch die aus der Stockbude sind mit den Soldaten aus der Dragonerkaserne einig. Wir marschieren durch Tempelhof, und vorm Halleschen Tor laufen die Soldaten über."

In diesem Moment geht die Tür auf, — Liebknecht!

Die Arbeiter drehen sich um, die meisten kennen ihn. Aber es ist lange her, seit sie ihn gesehen haben — vor dem Kriege in irgendeiner Versammlung; einige waren auch 1916 auf dem Potsdamer Platz, als Liebknecht zum Kampf gegen den Krieg und zur Revolution aufrief. Zu lauten Kundgebungen ist hier nicht der Ort. Die an der Tür schütteln ihm die Hand, andere winken ihm zu:

„Karl!"

„Du kommst zur rechten Zeit!"

„Jetzt ist's soweit, es geht bald los!"

Barth stellt mit Unbehagen fest, daß Liebknecht, obwohl er ihn gebeten hat, allein zu kommen, noch vier Genossen aus der Spartakusgruppe mitbrachte, den gestern aus Holland eingetroffenen Pieck und den ehemaligen Wanderlehrer der Partei, den langen Privatgelehrten Duncker; die beiden anderen kennt er nicht.

Barth macht den halblauten Ovationen ein Ende: (Fortsetzung folgt.)

Hinter den Kulissen

Wirtschaftliche Gegensätze im großkapitalistischen Lager

Der Widersinn des Kapitalismus — Nach bürgerlichen Berichten dargestellt

Der Agrarprotektionismus, der sich in der letzten Zeit in Butterzollerhöhung, erhöhtem Spritbeimischungszwang und anderen preissteigernden Maßnahmen der Regierung bemerkbar gemacht hat, hat Teile der ostelbischen Großlandwirtschaft vor dem unvermeidbaren Untergang wieder einmal gerettet. Dafür hat speziell der Butterzoll in den betroffenen Ländern eine Boykottbewegung gegen deutsche Industriewaren ausgelöst, die der deutschen Industrie-Ausfuhr sehr geschadet hat. Der dänische Staat z. B., der durch seine Devisenkontingentierung die Einfuhr kontrollieren kann, hat die Einfuhr aus Deutschland systematisch benachteiligt, stattdessen mehr und mehr Devisen für englische Waren bewilligt. Infolgedessen hat sich der Anteil Deutschlands an den nach Dänemark eingeführten Industriewaren in einem Jahr halbiert, der englische Anteil fast verdoppelt. Es betrug der Anteil an der gesamten Einfuhr nach Dänemark (siehe Bergwerkszeitung 21. Juli):

	1. Jan.—1. Sept. 1931	1. Juni—1. Sept. 1932
Deutschlands	28,0%	13,9%
Englands	13,6%	25,2%

Ein weiteres Beispiel für die Unvernunft deutscher amtlicher Wirtschaftspolitik: Zum Autotreibstoff (Benzin usw.) muß eine gewisse Menge teurer geringwertiger Kartoffelsprit beigemischt werden; die Beimischungsquote wurde jetzt von 6% auf 10% erhöht. (Die SAZ hat schon darüber berichtet). „Die Neuregelung", schreibt die Bergwerkszeitung am 10. August, „hat den Zweck, sowohl im Interesse der Reichsfinanzen wie im Interesse der Landwirtschaft die Monopolverwaltung von ihren überhöhten Beständen an Branntwein schleunigst zu entlasten." Die Leidtragenden sind der Verkehr und die Autoindustrie, denn durch die erhöhte Spritquote wird der Treibstoff teurer und zugleich minderwertiger, sodaß das Autofahren eine noch kostspieligere Sache wird. Infolgedessen wird die Nachfrage nach Autos sinken, die Autoindustrie einen neuen Schlag erleiden.

Volkswirtschaftlich gesehen ist das ein großer Schaden, denn diese indirekte Subventionierung des staatlichen Branntweinmonopols und der Großlandwirtschaft schafft nicht einem einzigen Erwerbslosen Arbeit, die Autoindustrie dagegen hat seit einem Jahr zunehmende Bedeutung für den deutschen Außenhandel. Der Ausfuhrüberschuß an Autos betrug:

1. Halbjahr 1931: 2,6 Mill. Mark
2. Halbjahr 1931: 13,7 Mill. Mark
1. Halbjahr 1932: 10,4 Mill. Mark

(Siehe Bergwerkszeitung vom 6. August.)

Der erhöhte Beimischungszwang wird also in seiner Wirkung Arbeiter aufs Pflaster setzen und die deutsche Autoindustrie weniger konkurrenzfähig machen, damit die deutsche Ausfuhr verringern.

Hier zeigen sich die Widersprüche im kapitalistischen System, die von keiner kapitalistischen Regierung gelöst werden können, vielmehr, was man zu ihrer Lösung auch tut, große Teile der kapitalistischen Wirtschaft nur immer tiefer in die Krise hineinschleudern.

*

In den letzten Wochen ist die Schwerindustrie darauf gekommen, daß sie selbst von der Zollpolitik den größten Schaden hat. Während noch Mitte März (siehe „Berliner Tageblatt" 18. März 1932, Abendausgabe) in der Generalversammlung der Vereinigten Stahlwerke Dr. Vögler als wichtigste Forderung aufstellte," daß die Einfuhr gedrosselt und der Export weiter gehalten und, wenn möglich, noch weiter gesteigert werde," hat sich am 9. Juli das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat energisch gegen Autarkie ausgesprochen. Man hat den Segen der Autarkiepolitik am eigenen Leib gespürt und muß feststellen:

„Auf der anderen Seite werden wir in unserer Ausfuhr in unangenehmster Weise gehemmt, und zwar in Frankreich und Belgien durch Kontingentierung, in Holland, der Schweiz, Italien und Skandinavien durch die verschiedensten Einfuhrerschwerungen, die von diesen Ländern als Gegenmaßnahmen gegen die deutsche Zoll- und Devisenpolitikk begründet werden."

Man sieht, es handelt sich bei diesen Ländern um sämtliche wichtigen Käufer deutscher Waren mit Ausnahme Englands, dessen Geldentwertung und Hochschutzzollpolitik der deutschen Ausfuhr ebenfalls einen schweren Schlag versetzt hat, und USA, das aber als Käufer deutscher Metallwaren ohnehin eine immer geringere Rolle spielt (Zölle, Kontingente, Einfuhrverbote).

Wert der deutschen Ein- und Ausfuhr (in Millionen Mark):

	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhrüberschuß
Juli 1930:	950	909	41
Juli 1931:	827	562	265
Juli 1932:	432	366	66
Rückg. 32/31:	47,7%	35%	75%

Für die Montanindustrie ist folgender Rückgang festzustellen (1. Halbjahr 1932 gegenüber 1. Halbjahr 1931, nach Angaben der Bergwerkszeitung 2. und 3. August.)

Steinkohle:
Ausfuhr Rückgang um 48%
Einfuhr Rückgang um 32% des Wertes.

Eisen und Eisenlegierungen:
Einfuhr 367 000 gegen 547 000 t (Rückgang 33%)
Ausfuhr 1 329 000 gegen 2 148 000 t (Rückgang 38%)

Noch schlimmer liegen die Verhältnisse, wenn man den Export überschußwertmäßig vergleicht. Für Eisen wären die Verhältnisse noch viel katastrophaler, wenn der Export nach Rußland nicht wäre!

Vergleichszahlen werden für den Wert der Eisenausfuhr überhaupt nicht gegeben, für Kohle ist der Ausfuhrüberschuß (Steinkohle und Braunkohle zusammen):

1. Halbjahr 1932: 128 Mill. Mark
1. Halbjahr 1931: 262 Mill. Mark

Rückgang in einem Jahre 51%!

Und das ist großenteils eine Folge der Landwirtschaftspolitik der Reichsregierungen. Kein Wunder, daß da die Montanindustrie endlich beginnt, zur Einsicht zu kommen.

*

Freilich lebt die deutsche Bergwerksindustrie in der Hauptsache immer noch vom Inlandsmarkt, und hier, bei ihren deutschen Abnehmern, hält sie sich für ihre Exportverluste nach Möglichkeit schadlos. Sie hat sich durch gewaltige Ueberrationalisierung und durch riesige Fehlinvestitionen überschuldet, und muß die gleiche Menge Zinsen usw. zahlen von einem Absatz, der für die Eisenindustrie vielleicht noch ⅓ vom Absatz des Jahres 1927 (dem besten Jahre der Eisenindustrie) darstellt.

„Bei den Großkonzernen der Montanindustrie," schreibt das „Berliner Tageblatt" am 29. Juli (Morgenausgabe), „sind ja die fixen Kosten größer als in den meisten anderen Industriezweigen, und deshalb wird es bei ihnen am schwersten, durch Abbau in der Krise eine Anspannung zu vermeiden . . ."

Darum muß sie versuchen, bei dem infolge der Krise dauernd sinkenden Absatz die Preise bestmöglichst zu halten. Während sie also der Landwirtschaftspolitik gegenüber im Interesse des eigenen Auslandsabsatzes Regungen von Vernunft zeigt, hört (um mit dem „B. T." — 22. Juli, Morgenausgabe — zu reden)

„der Kampf gegen die Autarkie dort auf, wo das eigene Inlandsabsatz-Interesse beginnt."

Eisen, aber auch Kohle, sind nach wie vor durch Zölle, daneben durch internationale Kartellbildungen verteuert.

Es kosten: Kohle: in Deutschland 16 bis 20 Mark, in dem gleichfalls zolligeschützten England 9—14 Mark pro Tonne.

Gießerei-Roheisen: Deutschland: 69 Mark, Frankreich und Belgien ca. 35 Mk.

Stabeisen: Deutschland 106 Mark, Frankreich - Belgien 44—45 Mark

*

Die Interessen der Großlandwirtschaft (und der IG-Farben, weil die Großlandwirtschaft der Hauptabnehmer für ihre künstlichen Düngemittel ist!) laufen gewisse Interessen der Schwerindustrie ebenso wie der exportierenden eisenverarbeitenden Industrie strikte zuwieder. Chemietrust und in seinem Schlepptau Großlandwirtschaft sind heute (neben der Reichswehr, die das Dreigestirn würdig ergänzt und ebenfalls dieser Mächtegruppierung zuzurechnen ist) die herrschenden Faktoren in Deutschland. Kein Wunder, daß staatlicherseits die Ausfuhrinteressen der Montanindustrie nicht immer 100%ig berücksichtigt werden. Immerhin kann man die für die „nationale Verteidigung" (des Profites) so wichtige Schwerindustrie nicht einfach zerschlagen. Da gibts nur einen Ausweg: Man berücksichtigt auch die Zoll- und Einfuhrhindernis-Wünsche der Montanindustrie (Ueber „Kohleneinfuhr-Regulierung durch Devisen-Bewirtschaftung" berichtet das „Berliner Tageblatt" schon am 31. Oktober 31.) und schöpft außerdem aus der Quelle, die in Deutschland seit jeher für die Mastkuren des Großkapitals in Anspruch genommen wird: der Steuerzahler! Das B. T. (29. Juli vormittag) berichtet, daß von der Reichsbank an die Montanindustrie — allerdings nicht an diese allein — subventionsartige Kredite gegeben werden, indem Transaktionen innerhalb eines Konzernes von der Reichsbank kreditiert werden, indem sie Wechsel diskontiert, die von einem Betrieb innerhalb eines Konzerns an einen anderen Betrieb im gleichen Konzern gegeben werden. Das „B. T." deutet dabei in vorsichtigen Worten die Gefahr an, daß diese Kredite eines Tages als verloren betrachtet werden müßten, und dann zu neuen Subventionen führen würden. Das „B. T." rechnet mit einem gewissen „Stützungs-Goodwill" (goodwill heißt auf deutsch: Guter Wille, Bereitwilligkeit),

„mit dem nach den Erfahrungen des letzten Jahres ja große Industrie-Konzerne und Großbanken allenfalls rechnen zu können glauben."

Wir glauben das auch. Wir haben, und nicht nur im letzten Jahre, da schon allerhand Erfahrungen gemacht. Wir wissen, daß für die Unsinnigkeit des kapitalistischen Systems immer wieder die breite Masse der werktätigen Bevölkerung büßen muß, solange sie sich das Joch des verfallsreifen Kapitalismus gefallen läßt.

Italiens Arbeitslosigkeit

WTB. **Rom**, 16. August.

Der Stand der Arbeitslosigkeit in Italien, die die im Monat Juni einen Rückgang um annähernd 70 000 zu verzeichnen hatte, hat sich im Monat Juni wieder verschlechtert. Der Ausweis verzeichnet rund 931 000 Arbeitslose bei einer Zunahme von etwa 30 000 gegenüber dem Stande von Anfang Juli. Unterstützungsberechtigt sind 275 000 Arbeitslose.

Zeigt den Nazi-Proleten:

Das geänderte Nazi-Programm

Unternehmer muß seine Arbeiter gut entlohnen — gestrichen!

Nach den bombastischen Erklärungen der Hitler und Kumpane steht das Programm der NSDAP „unabänderlich" fest. Es ist nun höchst interessant, daß, wie die „Rote Fahne" feststellt, die soeben erschienene 7. Auflage der nationalsozialistischen, von Nazitheoretiker Feder verfaßte Programmschrift „Der Deutsche Staat" sensationelle Aenderungen gegenüber der 6. Auflage des vorigen Jahres enthält. Wir stellen nachstehend die bisherige und jetzige Formulierung in der Frage der Arbeiterentlohnung einander gegenüber:

6. Auflage (1931, Seite 46/47):	7. Auflage (1932):
„. . . der wahre Unternehmer muß mit den Preisen an die unterste Grenze gehen, muß seine Arbeiter gut entlohnen . . . Das hervorragendste und weltbekannteste Beispiel dieser Art Unternehmer ist Henry Ford. Nicht minder hoch sind in dieser Hinsicht einzuschätzen die Krupp, Kirdorf, Thyssen, Abbé, Mannesmann, Siemens."	„Der richtige Unternehmer ist sich seiner volkswirtschaftlichen Aufgabe durchaus bewußt, die Erzeugung so einzurichten, daß der Bedarf mit den geringsten Kosten für den Verbraucher gedeckt werden kann, daß die Herstellungskosten immer geringer werden. Wohl das leuchtendste Beispiel solcher wahren Unternehmerdenkweise ist Ernst Abbé ... Männer wie Mannesmann, Werner Siemens, Thyssen, Borsig, Krauß, Maffei . . ."

Der Satz, daß der Unternehmer „seine Arbeiter gut entlohnen muß" wäre für eine „Arbeiter"-Partei etwas selbstverständliches. Bei der NSDAP war aber auch dieser Satz bisher schon nur eine bewußte Demagogie. Jedoch je näher die Nazis der Regierungsmacht kommen, desto offener zeigen sie ihre arbeiterverräterische Fratze. Die jetzigen Geldgeber, die Siemens, Tyssen, Borsig dulden heute auch nicht einmal mehr die demagogische „arbeiterfreundliche" Phrase. Deshalb wurde dieser Punkt von der „Arbeiter"-Partei geändert und gestrichen.

Interessant dabei ist noch die Aenderung in der Aufzählung „mustergültiger" Unternehmer. Da sind auffälligerweise in der neuen Auflage Ford und Krupp herausgeblieben — haben diese Trustmagnaten inzwischen ihre Zahlungen an die NSDAP eingestellt? —, andere Unternehmer wie Borsig, Maffei sind neu als „leuchtende Beispiele" empfohlen.

Nicht minder auffällig sind folgende Aenderungen. Es heißt in der:

6. Auflage, S. 35, Punkt 13:
„Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Truste) werden verstaatlicht."

7. Auflage dagegen:
„Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Truste) werden bekämpft."

Also nur noch „bekämpft", nicht mehr „verstaatlicht". Aber auch das „bekämpft" konnten die Siemens, Borsig und Co. nicht vertragen und so wird die Sache in der Programmschrift jetzt so umschrieben:

„Der Nationalsozialismus wird auch größte industrielle Werke, solange sie im Privatbesitz bleiben (wir denken hier an Krupp, Mannesmann, Thyssen und so weiter) keineswegs als den Interessen der Gesamtheit zuwiderlaufend, ablehnen."

Jede weitere Erläuterung dieser Aenderungen im Naziprogramm ist überflüssig. Es ist nur nötig, diese Tatsachen in der Agitation besonders gegenüber nazi-verseuchten Proleten kräftig auszunützen.

„Schutz den Konsumgenossenschaften"

Ein Aufruf der Freien Gewerkschaften

CNB. Berlin, 18. August. (Eig. Meldung.)

Für die Unterstützung der Konsumgenossenschaft setzt sich ein Aufruf ein, den der ADGB, der Afabund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund an die Gewerkschaftsmitglieder erlassen. In diesem Aufruf heißt es u. a.:

„Die Konsumgenossenschaften haben ein Recht auf den Schutz durch die Arbeiterschaft. Er ist um so notwendiger, als die Konsumgenossenschaften ihren Arbeitern und Mitgliedern vorbildliche und bahnbrechende soziale Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Selbstverständlich hat die furchtbare Arbeitslosigkeit auf die Umsätze der Konsumgenossenschaften ähnliche nachteilige Wirkungen ausgeübt, wie auf die Umsätze des privaten Einzelhandels und der Warenhäuser. Darum muß die Werbetätigkeit für die Konsumgenossenschaften stark gesteigert werden.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände, die mit den Konsumgenossenschaften freundlich verbunden sind, fordern alle Gewerkschaftsmitglieder auf, ihre Hauswirtschaften der organisierten Bedarfsdeckungswirtschaft einzugliedern und ihren Bedarf an Lebensmitteln, Haushaltungsgegenständen und Bekleidung nur in den Verteilungsstellen und Warenhäusern der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine zu decken. Jeder Gewerkschaftler muß Mitglied einer Konsumgenossenschaft sein."

Wir können die Mahnung der Gewerkschaftsspitzen nur unterstreichen. Das gilt besonders jetzt, wo, wie in Breslau, die Arbeiterkonsumvereine infolge der Krisenauswirkungen in große Schwierigkeiten geraten.

Vierteljahresbilanz der Reichspost

WTB. **Berlin**, 18. August.

Aus dem Bericht der Reichspost über das erste Viertel (April bis Juni) des Rechnungsjahres 1932 ergibt sich, daß der Verkehr in allen Zweigen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückgegangen ist. Die Gesamteinnahmen im Berichts-Vierteljahr betrugen 406 Millionen, die Gesamtausgaben 400 Millionen.

Erhöhung österreichischer Postgebühren im Verkehr mit dem Ausland

WTB. **Wien**, 18. August.

Der Hauptausschuß des Nationalrats hat die geplante Erhöhung der Post- und Fernsprechgebühren genehmigt. Danach werden im Verkehr mit Deutschland und Danzig die Briefgebühren von 20 auf 24 Groschen und von 30 auf 36 Groschen, die Postkartengebühren von 10 auf 12 Groschen erhöht. Im Verkehr mit dem übrigen Ausland werden die Briefsätze von 40 auf 50 Groschen, die Postkartengebühren von 24 auf 30 Groschen und die Einschreibgebühren von 60 auf 70 Groschen erhöht. Die Erhöhungen treten mit dem 1. September in Kraft.

Fortschritte der russischen Industrie

Moskau, 18. August.

Nach Angaben des volkswirtschaftlichen statistischen Zentralamtes hat die Bruttoproduktion der Industrie der Volkskommissariate für Schwerindustrie, für Leichtindustrie, für Holzindustrie und für Ernährung im ersten Halbjahr 1932 um 22½% gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Die Schwerindustrie allein weist ein Wachstum um 28% auf. Dem Werte nach beziffert sich die Produktion der genannten vier Industriezweige im ersten Halbjahr 1932 auf 14 702 Millionen Rubel.

Die Präferenzfrage auf der Ottawa-Konferenz

Ottawa, 18. August.

WTB. Der heute angenommene Bericht über die auswärtigen Beziehungen besagt hinsichtlich der Beziehungen zwischen den Präferenzen innerhalb des Reiches und der Meistbegünstigungsklausel in Verträgen mit dem Ausland: Jede Regierung wird ihre eigene besondere Politik in dieser Angelegenheit bestimmen. Aber die in dem Ausschuß vertretenen Regierungen haben ihre Absicht erklärt, daß keine Verpflichtung, die sie in Zukunft eingehen mögen, mit den gegenseitigen Präferenzen innerhalb des Reiches in Widerspruch stehen soll und daß sie sich von bestehenden Verträgen befreien werden, falls diese sich in einem solchen Widerspruch befinden.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; **Inserate:** Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau. Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe, Telephon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe, Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Standgericht mit rückwirkender Kraft

Neue ungeheuerliche Klassenurteile des Breslauer Sondergerichts — Wieder nur Urteile gegen links

Wie ungeheuerlich das sogenannte Rechtsverfahren der Sondergerichte, dieser Standgerichte, die — wie wir wiederholt betont haben, schlimmer als die Kriegsgerichte sind — bewies der zweite Verhandlungstag in Breslau. Wieder ungeheuere Terrorurteile gegen Arbeiter, wieder schwere Strafen für Arbeiter.

Das Ungeheuerlichste ist aber, daß Vorfälle, die im Oktober vorigen Jahres stattfanden, vor dem jetzt eingesetzten Sondergericht verhandelt werden.

Im Oktober des vorigen Jahres war nämlich während des Metallarbeiterstreiks von der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation einer Carlowitzer Fabrik eine Versammlung nach dem Schultheiß-Restaurant am Ende der Matthiasstraße einberufen worden. Von dieser Versammlung hatten nun streikende Metallarbeiter Wind bekommen und waren hingegangen. Dabei kam es zu Zusammenstößen, die sich später auch am Waterlooplatz fortgesetzt haben. Angeklagt sind wie immer nicht die wirklichen Provokateure, die wirklich schuldigen Nazis, sondern revolutionäre Arbeiter.

Der Verteidiger Dr. Bach verwahrt sich dagegen, daß auf diesen Fall, der so weit zurückliegt, ein Sondergerichtsverfahren angewendet wird — natürlich vergeblich. Angeklagt sind der Tapezierer Kriegel, der Kutscher Ernst Hoffmann und der Arbeiter Rausch wegen schweren Landfriedensbruch. Die Arbeiter Lindner, Neumann, Kliem und Koschel (der gar nicht erschienen war) wegen leichten Landfriedensbruch.

Es marschieren Nazizeugen auf, denen offensichtlich eingedrillt ist, was sie auszusagen haben. Darunter der der Breslauer Arbeiterschaft als einer der Haupträdelsführer bei den Terroraktionen bekannte Heerde und der Angestellte Wahner vom braunen Hause. Heerde benimmt sich zynisch: „Ich kann mich nicht täuschen, solche Gesichter prägt man sich ein." Wahner darf sich sogar ungestraft und ungerügt erlauben, mit lauter Stimme auf irgendeine Einwendung mit: „Das ist ja großer Quatsch" zu antworten. Endresultat: der Staatsanwalt schlägt in Zuchthausanträge. Er beantragt gegen Hoffmann und Kriegel 2 Jahre und 8 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.

Die sieben Angeklagten werden schließlich zu

insgesamt 59 Monaten Gefängnis

verurteilt. Zwei zu je 1 Jahr 3 Monaten, einer zu 9, drei zu je 6 Monaten Gefängnis. Das ist das Gericht der Klassenjustiz.

Findet heute der Mord von Potempa seine Sühne?

Am vorigen Sonntag fand die Beerdigung des bestialisch von SA-Banditen ermordeten Arbeiters, des KP-Genossen Pietczuch statt. 2000 Arbeiter, geeint im gemeinsamen Gefühl, einen Kampfgenossen durch Mörderhand verloren zu haben, geeint aber auch in der Empörung und in der Wut über diesen viehischen Mord, der nur ein Kettenglied einer schier nicht endenwollenden Kette ist, waren zum Geleit erschienen.

Die Leichenfeier wurde zu einer wuchtigen Demonstration gegen den Mordterror der braunen Banden und gegen den Faschismus.

Noch immer hat aber das Schnellgericht gegen die neun SS- und SA-Mörder, die Pietczuch hinmordeten, nicht getagt. Immer und immer wieder hat man die Verhandlung in diesem sogenannten Potempaer Prozeß verschleppt. Jetzt soll er — wahrscheinlich heute —, nachdem die nationalsozialistischen amtlichen Stellen alles darangesetzt und organisiert haben, um die Angeklagten nach Möglichkeit zu entlasten (der Oberfaschist Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune ist der Verteidiger!) stattfinden.

Man erinnert sich in diesem Zusammenhange der Ausführungen, die der Nazilandtagsabgeordnete Schlegel am 28. Juli in Chemnitz bei einer Führerbesprechung der SS gemacht hat. Er sagte wörtlich, als er einen aus München stammenden Befehl bekannt gab:

„Es muß in den nächsten vierzehn Tagen im ganzen Lande knallen. Auf einen gefallenen SS-Mann müssen zehn von der anderen Seite fallen. Um das durchführen zu können, sind in der SS besonders zuverlässige Leute für die Terrorbewegung zusammenzustellen. Der Befehl zum Umlegen der Gegner wird dann von München aus direkt kommen. München wird alle Kameraden vertreten, die mit Waffen angetroffen werden sollten. Wenn einer eventuell zu Gefängnis verurteilt werden sollte, so macht das nichts; binnen kürzester Frist kommt ja doch eine Amnestie."

Auf den Verlauf dieses Prozesses ist also die proletarische Oeffentlichkeit sehr gespannt. Man hat bisher 15 Zeugen geladen, darunter die Mutter und den Bruder des Getöteten als Tatzeugen. Alle anderen sind — wie die bürgerlichen Büros melden — „Entlastungszeugen" und „Leumundszeugen". Das dürfte der Arbeiterschaft zu denken geben.

Proleten behandelt man anders. So hat, wie eine Meldung aus Ratibor besagt, das dortige Sondergericht in seiner ersten Sitzung einen parteilosen Schneidergesellen Przyzylla aus Ratibor, der von einer Landjägerstreife mit einer Mauserpistole mit sechs Schuß angetroffen wurde, zu der ungeheuren Strafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt. Ein Urteil, das sich würdig an die Kette der bisherigen Klassenurteile reiht.

Holzarbeiterversammlung

Breslau, 19. August.

Die am 16. August tagende Vierteljahresversammlung war sehr gut besucht. Der Kollege Kuntke gab den Geschäftsbericht sowie einen Bericht von den letzten Tarifverhandlungen. Die Mitgliederzahl ist im letzten Vierteljahr zurückgegangen und beträgt jetzt etwa 3100, davon sind ungefähr 1900 erwerbslos, der Rest zum Teil Kurzarbeiter und Jugend.

In der Aussprache wurde kritisiert, besonders die Ausschlußanträge der Ortsverwaltung gegen die Kollegen Sommer, Kluge, Becker und Scholdin, alles SAP-Genossen. Es wurde verlangt, daß unser Verband genau so wie die Bergarbeiter, Sattler und Bauarbeiter, auch Erwerbslose aufnimmt. Ebenso wurden Tariffragen behandelt. Zum 2. Punkt, „Einführung eines Beitrages von 10 Pfg. pro Woche für Erwerbslose", war Gauvorsteher Kollege Kohl erschienen. Er vertrat den Standpunkt, daß, wenn die Organisationsarbeit ordentlich geleistet werden soll, unbedingt dieser Beitrag erhoben werden müsse. Die Verwaltung habe alles getan, um zu sparen, ein Angestellter, Kollege Zählke, sei bereits entlassen worden. Der Verband sei zwar finanziell gut fundiert, aber die Mittel müßten für besondere Fälle zurückgehalten werden.

In der sehr ausgedehnten Aussprache traten eine Anzahl Kollegen für die 10 Pfg. ein, der größte Teil war jedoch dagegen. Als Gründe führten die Gegner an, daß jeder Kollege Opfer zu tragen bereit ist, soweit es irgendwie möglich ist. Die Organisation müsse unbedingt gehalten werden, aber bei der jetzigen Not sei es vielen erwerbslosen Mitgliedern nicht möglich, jede Woche 10 Pfg. zu opfern, und so könne der Schaden größer sein wie der Nutzen, wenn langjährige Mitglieder aus finanziellen Gründen austreten müßten. Es wurden eine Anzahl praktischer Sparvorschläge gemacht.

Im Schlußwort wies Kollege Kohl darauf hin, daß auch die Gewerkschaftsangestellten Opfer bringen, er zahle unter anderem jeden Monat 10 Mark an die „Eiserne Front". Obwohl die Abstimmung — trotz Protest — geheim vorgenommen wurde, verfiel der Ortsverwaltungsantrag mit 267 gegen 104 Stimmen der Ablehnung.

Als der Schriftführer Blassek das Protokoll der letzten Versammlung verlesen sollte, sprach er absichtlich so undeutlich, daß kein Kollege ihn verstehen konnte. Das brachte eine starke Mißstimmung in die sehr sachlich verlaufene Versammlung. Auf fast einstimmig gefaßten Versammlungsbeschluß mußte er das Protokoll noch einmal verlesen. Jeder Kollege hat die Funktion, für die er gewählt ist, zu erfüllen, auch wenn er Blassek heißt und Kassierer im A. O. K.-Luftbad ist. Die Holzarbeiter haben nicht Lust, durch solche Dinge die Versammlungen in Mißkredit zu bringen. Es ist Pflicht aller Holzarbeiter, regelmäßig die Verbandsversammlungen zu besuchen, besonders von seiten der SAP-Genossen.

Brände in Schlesien

Liegnitz. Bei einem schweren Gewitter über dem Kreise Liegnitz schlug der Blitz in die Scheune des Stellenbesitzers Gumprecht. Obwohl die Feuerwehr sofort zur Stelle war, wurde die Scheune mit der eben eingefahrenen Ernte und der Dreschmaschine ein Raub der Flammen.

Görlitz. In Deschka brannten Wohnhaus, Stall und Scheune der Geschwister Wiessner nieder. Wahrscheinlich ist das Feuer beim Dreschen mit der Motordreschmaschine entstanden. Neun Schweine kamen in den Flammen um. Verbrannt ist auch der größte Teil der Möbel und des Inventars, sowie der gesamte Dreschsatz.

Wieder Anschwellen des Naziterrors

Feige Überfälle häufen sich

Wenn man die bürgerlichen Blätter Schlesiens durchblättert, so glaubt man, daß nach der Veröffentlichung der Terrornotverordnung „Ruhe und Ordnung" eingekehrt seien. Daß dem aber nicht so ist, besagen eine große Anzahl von Meldungen aus der Provinz.

Liegnitz. Der Arbeiter Scholz vom Klosterplatz, der die Plakette der Antifaschistischen Aktion trägt, wurde nachts zwischen 12 und 1 Uhr von zwei Nazis angehalten. Der eine stellte an ihn die Frage, ob er Wilhelm Scholz hieße. Als er das verneinte und sagte, daß er Heinrich Scholz sei, wurde von einem der Nazis in das Vorderrad getreten. In der darauffolgenden Auseinandersetzung wurde er von dem Nazi Walter Kretschmer, Weißenburger Straße 9 wohnhaft, mit einem Totschläger in das Gesicht geschlagen, so daß er blutüberströmt zusammenbrach. Der andere der Nazilumpen ist Fritz Lanke, Breslauer Straße 37.

*

Langwaltersdorf. Am Sonnabend, den 13. August, abends 8½ Uhr, kam ein Arbeiter auf seinem Rade von Friedland nach Langwaltersdorf. Im „Schwarzen Grund" begrüßten ihn vier Nazis mit „Heil Hitler!" Im selben Augenblick wurde der Arbeiter vom Rad gerissen und verprügelt. Der Arbeiter erhielt eine klaffende Wunde am Kopfe.

*

Grünberg. Die braunen Mordbuben verüben überall im Osten Deutschlands Terrorakte, ganz gleich, ob dieselben offen oder versteckt sind. Diese Nazistrolche haben einen Handgranatenanschlag gegen den Gewerkschaftssekretär des Deutschen Textilarbeiterverbandes Karl Lindner-Löptnez versucht. Nach polizeilichem Bericht soll dieser Anschlag am 10. August d. J. früh um 11½ Uhr verübt worden sein. Die Handgranate, die aber nicht explodierte, also demnach keine Wirkung gehabt hat, trug das Datum vom 15. 9. 1918, wo sie hergestellt worden sein soll. Der Regierungsrat zu Liegnitz hat 1000 RM Belohnung für den Fall angesetzt, wenn (??) der Täter festgestellt werden könne.

*

Sagan. In der Nacht von vergangenem Mittwoch zu Donnerstag wurde die große Schaufensterscheibe des Konsumvereins Hohestraße zertrümmert. In der gleichen Nacht wurden gegen 3 Uhr mehrere Schüsse in die Villa Hans Weiß, Bolorstraße, abgegeben, jedoch niemand verletzt. Die Täter sind bisher noch nicht festgenommen worden. Es ist dieses von organisierten Nazihorden durchgeführt worden, um die Saganer Arbeiter zu provozieren.

*

Hinzu kommen noch eine Reihe von geheimnisvollen Meldungen, in denen mit Vorliebe die Formel „man vermutet" oder „anscheinend kein politischer Anschlag" gebracht werden.

Rosenberg. **In der Nacht zum Montag wurde, wie erst jetzt bekannt wird, auf das Haus des Häuslers Barowski in Jamm ein Handgranatenanschlag verübt. Zu gleicher Zeit brach im Dachstuhl des strohgedeckten Hauses ein Brand aus. Das Gebäude brannte vollständig nieder. Man vermutet einen politischen Anschlag, da die beiden Söhne des Häuslers der KPD angehören. Die Familie konnte nur das nackte Leben retten.**

*

Guttentag. Auf das Haus des Gemeindevorstehers und ersten Schöffen der Gemeinde Goslawitz, Kreis Guttentag, wurden in der vergangenen Nacht zahlreiche Schüsse abgegeben, die zum Teil in der Mauer steckenblieben, zum Teil aber in die Wohnung eindrangen. Ein Schuß blieb über dem Bett des Gemeindevorstehers in der Wand stecken.

*

Oder dann die typische „geheimnisvolle" Meldung:

Gleiwitz. In Richtersdorf wurde der Arbeiter Leo Hajok aus Sosnitza mit schweren Kopfverletzungen aufgefunden. Er wurde in das städtische Krankenhaus eingeliefert.

*

Und zum Schluß wieder einmal die Feststellung, daß die SA kein harmloser Klub von jugendlichen Idealisten, sondern eine schwerbewaffnete Bürgerkriegsarmee, die jederzeit gegen das Proletariat in Marsch gesetzt wird und werden kann, beweist jene kleine Notiz:

„Die Polizei beschlagnahmte bei einem Motorradstaffelführer der NSDAP über 200 Militärpatronen, ein Futteral einer Parabellumpistole, zwei geladene Maschinenpistolentrommeln, zwei Seitengewehre und ein ledernes Futteral für eine andere Pistole. Der Staffelführer ist flüchtig."

„Die Sehnsucht, abzurechnen"

Tagesbefehl des Fememörder Heines — Was geht in der SA vor — Rebellion im eigenen Lager

Der Fememörder Heines hat an die SA Schlesiens einen Aufruf erlassen, der offensichtlich eine sich breitmachende Rebellion im Lager der SS und SA zu beschwichtigen sucht. Bemerkenswert, daß er diesen Tagesbefehl wieder einmal dazu benutzt, offenkundig zum Mord zu hetzen. (Was tut es schon, wenn aus den Zeilen hervorgeht, daß man nicht gleich, sondern später „abrechnen" wollte!) Es heißt u. a. wortwörtlich:

„Ich weiß, wie ihr mit geballten Fäusten auf die Entscheidung harrt. Ich kenne Eure Sehnsucht, endlich mit denen abzurechnen, die Eure Kameraden meuchlings erdolcht haben; ich weiß, wie Ihr drauf drängt, die zur Verantwortung zu ziehen, die unserem Volke 13 Jahre lang nichts anderes gebracht haben, als Hunger, Elend und Knechtschaft."

Offensichtlicher kann zu Gewalttätigkeiten nicht aufgehetzt werden. Ob wohl hier der Staatsanwalt eingreift?

Andererseits verstehen wir (wir als Marxisten sind ja gewohnt, Zusammenhänge zu finden und zu verstehen!), warum Heines gerade im Augenblick einen solchen Befehl an seine Banden herausgibt. Es herrscht, sowohl über den Wahlausgang, als auch über die Haltung der Führerschaft nach der Wahl (man hatte eben fest mit einem Putsch gerechnet), als aber auch über die Zustände innerhalb der Sturmabteilungen eine starke Empörung, die stellenweise nicht mehr zu vertuschen ist. Stellenweise ist es sogar zu offener Rebellion gekommen. So hat man — es läßt sich nicht länger verschweigen, etliche Stürme der Südstadtteile Breslaus auflösen müssen.

Und wenn man die faschistische „Ostfront" aufschlägt, findet man folgenden Tagesbefehl eines Standartenführers:

„Ich schließe mit der sofortigen Wirkung aus der SA aus:

1. den bisherigen Sturmbannadjutanten II/23 Sturmführer Hans Hübner, Neustadt O/S., wegen Unterschlagung von Dienstgeldern,
2. den bisherigen Sturmführer 31/23 Oskar Sachon jun., Friedland O/S., wegen Meuterei und Aufhetzung,
3. den bisherigen Obertruppführer 31/23 Herbert Baron, Friedland O/S., wegen Meuterei und Aufhetzung.

Der Führer der Standarte 23.
Stucken."

Alles das besagt aber noch nicht, daß die Gefahr für die Arbeiterklasse verschwunden sei. Nein! Sie besteht mehr denn je und sie ist größer denn je.

Von der Broschüre

„Prolet greif zu!"

ist zur Zeit noch ein kleiner Posten beim Parteivorstand vorhanden. Diese Broschüre kann auch heute noch sehr gut verkauft werden. Bestellungen müssen aber sofort aufgegeben werden, damit sie evtl. zum Teil erledigt werden.

Parteivorstand der SAP,
Berlin O. 27, Magazinstraße 15/16.

Ertrunken . . .

Breslau. Beim Baden in der Oder oberhalb des Schaffgotschgartens wagte sich der achtjährige Heinz Hoffmann zu weit in den Strom. Der Vater, der 31jährige Maschinenführer Hoffmann, sprang ins Wasser, um das Kind herauszuholen, geriet aber in eine tiefe Stelle und ging unter. Er wurde von dem Handlungsgehilfen Josef Pawel aus Breslau durch Tauchen herausgeholt und ans Land gebracht, verstarb jedoch bald, nachdem er mit dem Rettungswagen der Feuerwehr in die Universitätsklinik gebracht worden war. Der Knabe wurde von dem Arbeiter Walter Sindermann gerettet. — Am Dienstagnachmittag wurde die Feuerwehr zur Hilfeleistung an die Oder gerufen, da in der Nähe des Wappenhofes ein Mann beim Baden untergegangen war. Bergungsversuche blieben jedoch ohne Erfolg.

Kleine Kriminalchronik

Beuthen. Zu dem Leichenfund am Sonntag in der Nähe der Försterei bei der Castellengo-Grube wird mitgeteilt, daß es sich bei der Toten um die Ehefrau eines pensionierten Revierförsters aus Ostoberschlesien handelt, die sich am vergangenen Dienstag aus ihrer Wohnung entfernte. Sie hat in der letzten Zeit des öfteren Selbstmordgedanken geäußert. Anhaltspunkte für ein Verbrechen liegen bisher nicht vor.

*

Gleiwitz. In Ostroppa wurde der Kriegsinvalide Emanuel Kurnik überfallen und beraubt. Er erhielt mehrere Messerstiche in den Kopf und Fußtritte in den Unterleib.

„Lernen? Ich bin doch eine Frau“

„Ich, Chassjad Mirkarlan, bin 1904 in Tschustpap, im Tal von Fergana, geboren. Als ich acht Jahre alt war, wurde ich verschleiert. Mein Vater war Weber, meine Mutter und ich stickten Mützen, meine kleine Schwester half uns beim Aufspulen, mein Bruder arbeitete bei einem Bäcker. Wir waren sehr arm und deshalb war ich noch ledig. Erst als ich vierzehn Jahre alt war verheiratete man mich.

Wie es war? Meinen zukünftigen Mann kannte ich natürlich nicht, ja, ich hatte überhaupt keine Ahnung davon, daß ich Braut sei.

Als Kaufpreis für mich hatte man ausgemacht: zwei Hammel, vier Pud Weizen, zwei Pferdelasten Holz, drei Pud Reis und eine Kuh, drei Kamelhaardecken, einen Chalat und zwei Kleider.

Ein paar Tage später erfuhr ich von meiner Mutter, daß ich heiraten werde.

Mein Mann war Baumwollarbeiter, aber 1919 wurde selbst im Tal von Fergana keine Baumwolle angebaut, deshalb ging er, sechs Monate nachdem wir geheiratet hatten, nach Taschkent, um Arbeit zu suchen. Dort ist er an Lungenentzündung gestorben. Da er keinen Bruder hatte, dem ich als Erbe zufallen konnte, kehrte ich wieder in mein Vaterhaus zurück, saß anderthalb Jahre zu Hause und stickte Mützen.

Eines Abends kam der Bruder meiner Mutter sehr aufgeregt zu uns; er hatte gehört, daß die Bassmatschen im Nachbarort alle Frauen und Mädchen geraubt hatten und heute nachts unser Dorf überfallen wollen. Ich und meine beiden Kusinen verkleideten uns als alte Frauen und flüchteten in Begleitung meines Onkels zu Fuß über die Berge. Nach zwei Tagen waren wir in Kokand. Dort übergab uns der Onkel einem Ischam, einem Wunderpriester, mit den Worten: „Das Fleisch ist euer, die Knochen sind unser.“ Das sollte bedeuten: tu mit ihnen was du willst, wenn sie tot sind, werden wir sie begraben.

Der Onkel verabschiedete sich von uns, und wir blieben als Dienerinnen im Hause des Rachmatullah Ischan. Der hatte vier Frauen und eine alte Dienerin, die uns herumhetzten. Den ganzen Tag saßen die Muridi im Hause, die Hilfspriester, oder es kamen Gäste, um von Rachmatullah Ratschläge zu erbitten, und sie brachten ihm Geschenke mit. Immerfort mußten wir Zwiebeln schneiden für das Reisfleisch, Tee kochen oder am Arik das Geschirr waschen. Wir arbeiteten und schliefen fünf Monate lang in den Altfrauenkleidern, in denen wir gekommen waren, bekamen keinen Lohn, nur Überbleibsel der Mahlzeiten, oft nur Tee und Brot.

Eines Tages erkrankte die jüngste Frau des Ischan, sie spuckte Blut. Man rief den Tabib, den alten Arztpriester, und der verordnete der Kranken, eine Woche lang täglich Froschsuppe zu essen.

Die alte Dienerin nahm eine Zange und ein Säckchen und ging mit mir zu einem Sumpf, um Frösche zu fangen. Mehrere Male versuchte sie einen Frosch zu packen, aber er hüpfte immer davon. Erst als sie mir die Zange reichte, konnten wir zwei Frösche erwischen und brachten sie im Säckchen nach Hause.

Am nächsten Tag schickte man mich allein. Ich hatte schon einen Frosch gefangen, da hörte ich plötzlich Musik. Ich lief zur Hauptstraße und sah etwas, was ich nie in meinem Leben für möglich gehalten hätte: einen langen Zug von Frauen, die hinter einer Musikkapelle marschierten und sangen. Viele waren unverschleiert! Auf offener Straße! Zwei Frauen trugen Stangen, zwischen denen war ein rotes Tuch mit einer Aufschrift. Einige riefen immerfort etwas, ich ging mit, um zu hören, was sie rufen. Endlich verstand ich es: Jaschasun chotunlar osodlari — es lebe die Befreiung der Frau.

Ich ging mit. Wir kamen in einen Hof, wo Tische mit Tee, Kuchen und Äpfeln standen. Ich wagte es nicht, mich hinzusetzen. Eine Frau — wie ich später erfuhr, hieß sie Ibrahimowa — trat auf die Rednertribüne und hielt eine Ansprache. Sie erzählte von unserem Leben, aber sie sagte, es sei ein Unrecht, daß der Mann die Frau schlagen dürfe, daß die Frauen nichts lernen dürfen und verschleiert gehen müssen ihr Leben lang. ‚Heute ist der 8. März, das ist der Tag der Frauen. An diesem Tage sollen alle Frauen darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie eben solche Menschen sind wie die Männer.‘

Ich stand da wie ein Turm. Es wäre ja sehr schön, wenn die Frauen so frei wären wie die Männer, aber hatte das Allah nicht verboten? Das war ja alles Sünde, was diese Frau redete!

Noch immer stand ich erstarrt da. Die Ibrahimowa forderte mich auf, mich zu setzen. „Ich fürchte mich,“ sagte ich, „ich wohne bei einem Ischan. Wenn der erfährt, was ich hier angehört habe, wird er mich töten.“ „Ist der Ischan dein Mann?“

„Nein, ich bin Dienerin bei ihm.“

„Möchtest du gerne lernen?“

„Lernen? Ich bin doch eine Frau!“

Und nun erklärte sie mir, es herrsche nicht mehr der Emir, kein Mensch darf jetzt vor dem andern ein Vorrecht haben, auch der Bey nicht, alle Menschen sollen lernen, auch die Frauen.

So etwas hatte ich noch nie gehört und ich sagte: „Ich möchte gerne etwas lernen. Nehmt mich zu euch, ich kehre nicht mehr zum Ischan zurück, wenn ihr mich aufnehmt.“

Am nächsten Morgen kam ich in den Schulsaal und begann das Alphabet zu lernen. Ziemlich schnell lernte auch ich lesen, schreiben und rechnen.

Wenn ich ausging, trug ich den Schleier. Meine Mitschülerinnen redeten mir zu, doch den Tschadschwan zu Hause zu lassen, aber ich antwortete, jemand aus dem Hause des Ischan könnte mich erkennen, und dann würde man mich wieder holen.

Einige Tage später, ich war gerade Dienst habende und machte Ordnung im Schlafsaal, da sah ich eine verschleierte Frau an der Tür stehen und hereinlugen.

„Keine Angst, keine Angst!“ rief ich lachend, „Sie können hereinkommen, hier sind keine Männer!“

Die Fremde kam ganz steif auf mich zu, so daß mir angst und bange wurde. Der schwarze Schleier berührte schon mein Gesicht, da schrie die Frau auf:

„Chassjad!“

Es war meine Mutter. Sie konnte zuerst gar nicht sprechen. Inzwischen war auch der Onkel heraufgekommen und starrte mich ebenso fassungslos an.

Nach und nach hörte ich, warum sie so aufgeregt waren: Der Onkel war kurz nach der Hochzeit seiner Tochter wieder nach Kokand gekommen, um mir, wie er versprochen, mein Kleid zu bringen. Im Haus des Ischan erfuhr er, daß ich ermordet worden sei. Als ich nämlich von der Froschjagd nicht nach Hause kam, ließ der Ischam eine Wahrsagerin rufen, sie sollte aufklären, wo ich geblieben bin. Die Alte warf eine Baumwollkapsel in heißes Wasser und begann zu erzählen, was sie sah: „Am Ufer eines Kanals packt mich ein Bassmatsch, er reißt mich aufs Pferd, und reitet mit mir davon. Dann sah sie, wie er mich in ein Gebüsch schleppt. Plötzlich schrie die Wahrsagerin: „Jetzt brennt ihr Licht nicht mehr!“ Mit dieser Nachricht von meinem Tode war der Onkel zurückgekehrt und die Mutter hatte mich lange betrauert . . .

Vor drei Tagen war von der Schule eine Mitteilung eingetroffen, daß ich hier sei, und die Mutter möge nach Kokand kommen.

Für den Abend hatte uns der Wirtschaftsleiter eingeladen. Ich war verschleiert, obwohl er mich sonst immer ohne Schleier gesehen und auch seine Frau und seine Schwester uns verschleiert dasaßen. Er sprach leise mit meinem Onkel und mit meiner Mutter, dann riefen sie mich und ich erfuhr, warum er nach Hause geschrieben hatte. Ein Lehrer wollte bei meiner Mutter um meine Hand anhalten. „Nein,“ sagte ich, „ich will hier bleiben und weiter lernen!“ Man ließ den Lehrer holen, er kam und war einverstanden, daß ich auch als seine Frau weiter die Schule besuche.

So haben wir geheiratet. Das war eine andere Hochzeit als meine erste.

Bis 1922 blieb ich in der Schule, dann bekamen wir, mein Mann und ich, die Erlaubnis, in den Rabfak (Arbeiterfakultät — Vorbereitungsschule für die Universität) von Taschkent einzutreten.

Als Studentin und als Frau eines Jungkommunisten konnte ich unmöglich mit dem Tschadschwan ausgehen. Ach, das kann ich gar nicht schildern, wie es war, als ich die ersten Male unverschleiert über die Straße ging: ich hielt mich knapp hinter meinem Mann, so daß mein Gesicht fast an seinen Rücken gedrückt war, denn schielte ich, ob die Vorbeigehenden nicht stehen bleiben und lachen.

Sie müssen bedenken, daß eine Frau nur vor dem Vater und dem Sohn Hände und Gesicht entblößen durfte, das Gesicht konnte man auch vor den eigenen Brüdern und den älteren Brüdern der Mutter zeigen.

Im Jahre 1923 trat ich in den Jugendverband ein. Nachdem ich den Rabfak absolviert hatte, besuchte ich die Universität, ich studierte politische Ökonomie, Revolutionsgeschichte und einige Nebenfächer. Die russische Sprache hatte ich schon auf der Arbeiterfakultät gelernt.

Fünf Jahre blieb ich in Taschkin, wurde Parteimitglied und beendete mein Universitätsstudium. Mein Mann hat ein Jahr vor mir absolviert und war in Kagan bei Buchara tätig, wohin ich nun auch fuhr. Ich wurde dort politische Leiterin des Frauenverbandes, dessen Mitglieder meist Seidenarbeiterinnen waren. Von Kagan kam ich zur Frauensektion nach Stalinabad, das damals noch Djuschambe hieß, und wurde nach einiger Zeit zur stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtsowjet (Vizebürgermeisterin) gewählt. Es war die Zeit des Aufbaues, hunderte neue Häuser wurden gebaut, die erste Eisenbahn, alles mußte organisiert werden. Ich kam oft tagelang nicht nach Hause.

Mein Bruder ist roter Direktor der Brotfabrik in Fergana, meine Schwester arbeitet in der Samarkanda Spinnerei.

Meine Mutter ist Vorsitzende einer Gemüse-Kollektivwirtschaft von 40 Mitgliedern. Sie hat lesen und schreiben gelernt, und schreibt mir lange Briefe — die sind aber nicht gleich zu lesen.

Ob sie noch Schleier trägt? „Seit 6 Jahren nicht mehr!“ Egon Erwin Kisch.

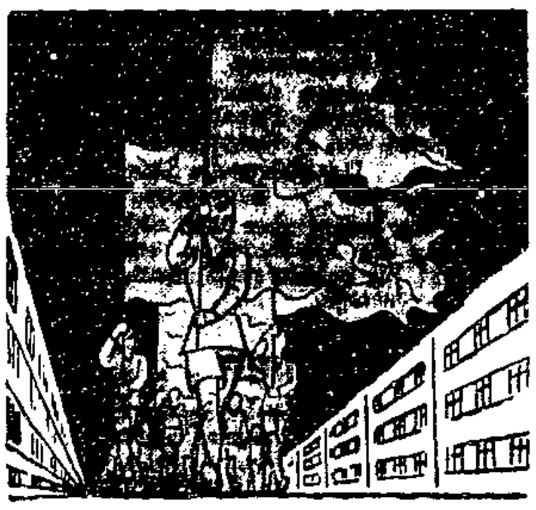
Ein Zeichen unserer Zeit

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus, einschneidende Umwälzungen in Staat und Gesellschaft treten nicht nur im Parlament oder in den Ministerseesseln in Erscheinung, sondern sie lassen sich auch an Kleinigkeiten des täglichen Lebens erkennen — dort für den aufmerksamen Beschauer vielleicht noch deutlicher als an exponierten Stellen. So ist auch das Straßenbild nicht zufällig so wie es ist, sondern seine wesentlichen Merkmale haben ganz bestimmte Ursachen. So weiß jedermann, daß das starke Auftreten gewisser gelber Markenkostüme in jüngster Vergangenheit und Gegenwart auch ganz bestimmte Ursachen hat. Den Passanten des Alexanderplatz in Berlin ist seit wenigen Tagen eine Erscheinung aufgefallen, die auch ein Zeichen ihrer Zeit ist. Ein älterer Mann mit grauem Bart bietet dort den „Deutschen Vorwärts“ und die „Deutsche Illustrierte“ feil. Das ist an und für sich für Berlin nichts Besonderes. Aber trotzdem zieht der Mann die Aufmerksamkeit aller Passanten auf sich. Das macht seine wunderliche Kleidung. Bürgerlicher grauer Anzug, dessen Hosennähte mit breiten schwarz-weiß-roten Streifen besetzt sind. Der Rockkragen ist ebenfalls umsäumt mit glitzernden Litzen, aufgenähte Achselklappen aus schwarz-weiß-rotem Band mit einem goldenen Stern und eine Militärmütze mit natürlich schwarz-weiß-roter Kokarde vervollständigen das sichtbare Nationalbewußtsein dieses teutschen Mannes. Jedem Teutschen wird das Herz höher schlagen beim Anblick dieses gewiß teutschen Zeitungshändlers. Nur schade, daß der Gute sich an einem Stock fortbewegen muß, das gibt dem Ganzen einen etwas wackeligen Eindruck. Aber — große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Seht euch vor, ihr Zeitungshändler, haltet euch schwarz-weiß-rote Litzen bereit, damit ihr im dritten Reich zur Ausübung eures Berufes eure Qualifikation nachweisen könnt.

Eisenbahnunglück in Frankreich

Paris, 17. August.

Die schweren, mit starken Regengüssen verbundenen Gewitter der letzten Tage haben an der Gironde starken Schaden angerichtet. Als heute früh ein von Coutras nach St. Mariens fahrender Personenzug die Strecke passierte, erfolgte ein Erdrutsch. Fünf Wagen entgleisten. Vier Reisende wurden verletzt.



Rote Kinderwelt

An alle Arbeiterkinder Deutschlands

Die Arbeiterfeinde Deutschlands, die Nationalsozialisten, drohen in den letzten Wochen mit offener Gewalt und rüsten mit allen Kräften zum Bürgerkrieg.

Die Arbeiterkinder, besonders aber die Roten Falken und Sportlerkinder, müssen in diesen schweren Tagen beweisen, daß sie würdig sind, einer großen sozialistischen Bewegung anzugehören.

Auch wir können mit unseren schwachen Kräften am Abwehrkampf teilnehmen. Nicht etwa dadurch, daß unsere Jungen und Mädel sich an den ernsten und großen Demonstrationen und Aufmärschen unseres Schutzbundes beteiligen. Wir würden damit die Absichten unserer Genossen nur hemmen!

Für uns gibt es andere Aufgaben. In den kommenden Wochen beginnen die Nazis die Jugend zu sammeln und militärisch auszubilden. Desgleichen versuchen sie dasselbe auch mit den Schulkindern zu tun. Da müssen wir eingreifen. Unsere Arbeiterbewegung hat Platz für alle Arbeiterkinder. Ueberall gibt es Rote Falken, Turnergruppen, Schwimmer, Fußballer und noch manches andere. Dorthin gehören alle Arbeiterkinder. In die Gruppe, zu deren Betätigung sie Lust und Liebe haben. Unsere nächste Aufgabe ist, alle Arbeiterkinder aufzuklären, daß die Nazis der besitzenden Klasse dienen. Daß sie die klassenbewußten Arbeiter hassen, sie verfolgen und überfallen. Merkt euch: das Hackenkreuz ist das Zeichen der Faschisten. Das Hackenkreuz erzählt: Die Reichen sollen die Herren sein. Wenn sie kommandieren, müssen die Arbeiter parieren. Unter dem Zeichen des Hackenkreuzes sollen die Arbeiterorganisationen zerschlagen und vernichtet werden.

Wir alle werden die Arbeiterkinder aufklären und für unsere Bewegung werben! Die Gegner sollen sehen, daß wir trotz Verbote, Schikanen und Behinderung immer stärker werden und wie sich viele tausende Arbeitermädel und Jungen unter den roten Fahnen des Sozialismus scharen.

Helft alle mit, unsere Bewegung auszubauen. Haltet überall gute Ordnung und straffe Disziplin. Zeigt euch der sozialistischen Arbeiterbewegung würdig!

Freundschaft!

Jetzt gehts los!

Mensch, Meier! Kopf, Genie und Ellenbogen, das wird gebraucht; jetzt strenge dich mal an. In der letzten Nummer haben wir das ja angekündigt. Wir knacken Rätselnüsse! Als Ueberschrift für das Ganze steht ein

Silbenrätsel

ke — se — sel — re — räl — un — ekl

Verwandlungsrätsel

Durch Umänderung eines Buchstabens ist aus jedem Wort ein anderes zu bilden. Die neu gefundenen Buchstaben zusammengestellt, bezeichnen eine Ferienfreude der Roten Falken.

Dorn — Mahl — Feige — Mandel — Falte — Rosen — Tal — Kugel — Ton!

Buchstabenrätsel

Die fehlenden Buchstaben, die bei den nächsten Rätseln dieselben sind, müssen gesucht werden.

1. Mit i als weiser Narr bekannt,
   Mit e als tapferer Held genannt,
   Mit o als Hund verfolgt in Stadt und Land,
   Mit ü als Kleiderstoff verwandt.
2. Mit L und F bin ich ein Tier,
   Mit B jedoch wird eine Pflanze aus mir,
   die fleißig der Gärtner beschneidet,
   damit sie die Beete umkleidet.
3. Mit R verschließt es Tür und Tor,
   Mit S kommt es in alten Schriften vor,
   Beim Schmelzen wird's gebraucht mit T,
   Mit Z ich es bei Bauten seh',
4. Mit B erquickt es dich,
   Mit D verwundet dich sein Stich,
   Mit H versetzt es manchen Stoß,
   Mit K ernährt es klein und groß,
   Mit V ist es der letzte nicht,
   Mit Z macht es ein bös' Gesicht.

Umstellrätsel

Das gefundene Wort muß mit seinen Buchstaben in ein anderes umgestellt werden.

„Eins“ wird aus Wasser und Wärme geboren,
Schon mancher hat durch ihn das „Zweite“ verloren,
Und hast du gefunden von beiden ein Wort,
Dreh's um, dann hast du das Zweite sofort!
Wer schafft ein Tier aus fe und fa geschwind,
Das läuft und klettert und springt.

Quadrat-Rätsel

Setze an Stelle der Buchstaben Wörter mit folgender Bedeutung:

1. Arbeiterführer,	a a b b b
2. Heidekraut,	c d d e e
3. Haarfarbe,	e e e e h
4. Laubbaum,	i i k l l
5. Verkaufsraum.	l n e o r

Die gefundenen Worte setze untereinander, dabei ergibt die erste Buchstabenreihe das erste Wort. Die letzte Buchstabenreihe das letzte Wort.

Wer kann rechnen?

Wieviel gibt zweimal drei und ein Schutzmann?

Wieviel gibt zweimal drei und zwei Schutzleute?

Einige lustige Scherze

1. Wer schreibt einen Satz von 10 Worten, wo das Wort „laden“ am meisten vorkommt?
2. Zu welchem Tor gehen die kleinen Leckermäulchen am liebsten hinein?
3. Eine Familie besteht, einschließlich der Eltern, aus vier Personen. Vier gehen davon zur Schule. Wie ist das möglich?
4. In einer Mühle sind vier Ecken. In jeder Ecke liegt ein Sack. Darauf liegen zwei Katzen. Der Müller steht mit seinem Hund in der Mitte des Raumes. Wieviel Füße sind anwesend?
5. Welche Krankheit herrscht nicht in unserem Lande?
6. Es ist klein wie eine Maus und doch bringen es 10 Pferde nicht den Berg hinauf. Was ist das?

Berufsvorbereitung

Ein Rektor fragt einen Schüler der letzten Klasse: Ein so großer und starker Junge sollte sich schämen, seine schwächeren Mitschüler zu verprügeln! Was soll denn aus dir mal werden?“

„Lehrer möchte ich werden, Herr Rektor“, war die Antwort des Jungen.

Schulstunde

„Wenn an einem Ort nichts wächst, dann nennt man dies eine Wüste“, hat Fritz in der Schule gelernt. In der nächsten Stunde will der Lehrer eine Wüste genannt haben und Fritz kommt dran. Schnell rettet er sich und meint: „Der Kopf von meinem Vater ist eine Wüste.“

Liebe Mädels und Jungens

Nun ist die Aufgabe an euch, die richtige Lösung der Rätsel zu suchen. Wer dies beim besten Willen nicht fertig bringt, gibt uns Mitteilung, dann helfen wir. Wer weiß noch mehr solche Sachen? Schickt sie uns zu, wir werden in einer späteren Nummer wieder Rätsel drucken. Bei dem Teil „Lustige Scherze“ haben uns Kinder aus der inneren Stadt geholfen. Wir brauchen aber noch viel mehr Material. Alles, was ihr wißt, schickt uns zu.

„Rote Kinderwelt“,
Breslau, Kleine Holzstraße 3.

Landsknechte des 20. Jahrhunderts

Südamerika kauft in England Soldaten — Preissturz durch Überangebot

Den folgenden interessanten Artikel entnehmen wir dem „Berliner Tageblatt". Es ist dabei von besonderem Reiz, sich daran zu erinnern, daß einst auch Hauptmann Röhm, der Stabschef der SA und SS, solcher Art Kriegsdienste in Bolivien geleistet hat.

Es sage keiner, daß in unserem Zeitalter des Maschinenkrieges keine Möglichkeit mehr bestünde, als abenteuernder Berufssoldat sein Auskommen zu finden: die Geschichte der allerjüngsten Zeit würde ihn sofort belehren, daß es auch heute noch Landsknechte gibt, die als rechte Schlagetots das eigene Leben für einen Dreck ansehen, wenn nur der jeweilige „oberste Kriegsherr" es versteht, sie durch hohe Löhnung, leichten Dienst und schöne Uniform zufrieden zu stellen. Allerdings nur solange, bis ein anderer kommt, der noch besser zahlt, noch weniger verlangt und ein paar goldene Fangschnüre mehr schon dem Rekruten an die Heldenbrust hängt. Dann gehen sie zu ihm über und kämpfen schon beim nächsten Mal gegen die Kameraden von gestern, ohne Haß, nur für bar. Wo es in der Welt Krieg gibt, da erscheinen alsbald die bunten Kohorten dieser Allerweltssoldaten; sie kämpften mit den Spaniern gegen Abdel-Krim und mit ihm gegen die Spanier, sie waren der Reihe nach im Dienste der chinesischen Regierung und aller Rebellengenerale im Reiche der Mitte. Heute als hoher Stabsoffizier, morgen als Gemeiner in Reih und Glied, übermorgen als Leibwächter irgendeines amerikanischen Gangsterkönigs, auf und ab, hin und her in der ganzen Welt. Bis sie irgendwo doch einmal eine Kugel erwischt.

China war die große Chance dieser Landsknechte von heute. China ist nichts mehr für sie: es hat kein Geld mehr und — man hat die Nase voll von ihnen. Aber schon bietet sich neue Gelegenheit: in Südamerika. Da sind sich Bolivien und Paraguay in die Haare geraten um den Gran Chaco. Beide Länder machen nationale Freiheitsangelegenheit aus dieser Sache, in der es sich letzten Endes doch nur um Petroleum handelt. Bolivien gegen Paraguay; das heißt letzten Endes Oelkonzern gegen Oelkonzern. Die Oelfirmen sind interessiert, nicht die drei Millionen Bolivianer und die 900 000 Leute von Paraguay. Schon besteht der Kriegszustand, der Krieg kann beginnen. Doch nicht gleich: Südamerika ist nicht Europa; man hat es nicht so eilig. Und zum Kriegführen gehören Soldaten. Zwar haben beide Staaten die allgemeine Wehrpflicht, haben eine Armee. Aber die sehen so aus: Bolivien hat insgesamt 7100 Offiziere und Mannschaften, Paraguay hat, alles zusammengerechnet, Heer, Flotte und Polizei, gar nur 4500 Mann. Und die haben beiderseits keine allzugroße Lust, sich für Oelinteressen im Gran Chaco, dem grauenhaftesten aller Urwälder, der „grünen Hölle", nutzlos zu bekriegen und sich dabei von Seuchen, Hunger, Durst, Giftschlangen, Panthern und Moskitos dezimieren zu lassen. Ja, wenn es sich um wirkliche Landesinteressen handeln würde, dann wären die temperamentvollen und mutigen Südamerikaner sicher sofort dabei. Aber so sollen die Hidalgos der alten Welt, die Landsknechte für jedermann in die Bresche springen. Die werden ohnehin froh sein, wenn man ihnen Arbeit gibt, seit in China nichts mehr zu machen ist für sie. Man wird sie gut bezahlen, sehr gut sogar, Geld wird sich schon finden lassen. Der Zinnkönig von Bolivien zum Beispiel hat es zu liefern; Paraguay hat auch seine Quellen. Also her mit den Fremden!

Schon schickt man die Werber aus: sie sollen — zunächst in England — Instruktoren und ehemalige Soldaten (es gibt in Britannien zahllose „ex-service-men", die von der Hand in den Mund leben) anwerben. Beide Staaten werben in England Briten gegen Briten. Die Londoner Zeitungen bringen spaltenlange Artikel darüber. Die Bolivianer sollen bereits ihre Verträge mit über tausend ehemaligen englischen Soldaten abgeschlossen haben, die sofort, wenn die Feindseligkeiten beginnen, nach Bolivien eingeschifft werden sollen. Die Paraguayaner suchen dagegen 400 englische Instruktoren als Ersatz für die abberufene argentinische Militärmission, die nicht erst warten, sondern sofort kommen sollen, um in aller Eile noch die Armee Paraguays — 4500 Mann; also für je elf Mann ein Instruktor! — für die Kämpfe zu drillen. Wie gesagt, handelt es sich bei den Freiwilligen in großem Maße um ehemalige Soldaten, die nichts außer ihrem Kriegshandwerk gelernt haben und daher angesichts der großen Arbeitslosigkeit gern die gebotene Gelegenheit wahrnehmen. Viele von ihnen sind sogar verheiratet und haben Frau und Kinder, sie wissen genau, wie ungewiß ihre Zukunft im Gran Chaco ist, aber sie unterschreiben dennoch den Kontrakt. Einfach deshalb, weil das sofort gezahlte Handgeld so groß ist, das es ihnen möglich macht, ihre Familien seit langem wieder einmal mit dem Allernotwendigsten zu versehen und darüber hinaus sogar noch für längere Zeit zu sichern. Dies also sind die Landsknechte aus Not. Aber neben ihnen sind auch viele, viele, die es nicht nötig hätten, Krieg zu spielen, die zu leben hätten von den Erträgnissen vergangener Feldzüge und von Staatsrenten, und die dennoch mit hinausziehen in den Urwald, in den Krieg, weil es ihnen so im Blute liegt und weil es ihnen unmöglich erscheint, daß irgendwo in der Welt Krieg geführt wird — ohne sie. Und weil auch sie Handgeld und Löhnung locken. Da ist zum Beispiel der bolivianischen Regierung ein Angebot der britischen Kriegerorganisation zugegangen, in dem gegen 500 komplett ausgebildete Soldaten per sofort lieferbar offeriert worden und innerhalb 14 Tagen weitere 10 000 angeboten worden. Die Regierung von Bolivien hat der Organisation zwar ihren „wärmsten Dank" ausgedrückt, im übrigen aber erklärt, keinen Gebrauch davon machen zu wollen. Nicht etwa aus Humanitätsgründen, denn den Bolivianos ist es letzten Endes ganz gleichgültig, wer sich für sie totschießen läßt. Aber erstens macht es der Welt gegenüber keinen allzu guten Eindruck, wenn man Soldaten sozusagen vom Grossisten bezieht, zweitens will man nicht die Katze im Sack kaufen und sich seine Leute genau ansehen, und drittens will man sich nicht bei bestimmten Preisen festlegen. Das Angebot von Landsknechten steigt nämlich in derart starkem Maße, daß man gar nicht alle einstellen könnte, und damit verbunden zeigen natürlich die Stückpreise und Versprechungen eine fallende Tendenz. Und darin sind sich die feindlichen Werber wunderbar einig: Keine Partei überbiete die andere, sondern beide nehmen vorläufig nur das Beste von dem überreichlich angebotenen Menschenmaterial und warten im übrigen ab, bis die Landsknechte um die Hälfte der heutigen Preise zu haben sind. Man spart Geld und kauft Qualität: Soldaten mit Spezialkenntnissen, wie Flieger, Aerzte, Sanitäter, Eisenbahner, Auto- und Tankfahrer, Transport- und Trainsachverständige. Für die legt man dann auch gern ein bißchen mehr an. Aber im übrigen wartet man ruhig ab; der Krieg muß ja nicht schon morgen geführt werden, wenn es dadurch billiger wird! Ganz besonders werden solche Artilleristen bevorzugt, die mit den modernsten schweren Geschützen umzugehen verstehen, denn das ist so ziemlich die einzige Waffe, die in Südamerika wirklich erstklassig vorhanden ist.

Was bietet man nun den Kriegslustigen an? Zunächst also einmal das Handgeld, das sofort gezahlt wird: zu Beginn der Werbung betrug es noch bis zu 70 englische Pfund, also etwa 1400 Mark, heute ist es schon bis auf 30 Pfund Sterling heruntergegangen und wird bei unvermindertem Angebot noch weiter fallen. Dann einen Wochensold von 4,5 Pfund Sterling für die Dauer des Kriegs. Und endlich — eigentlich selbstverständlich — freie Ueberfahrt nach Südamerika. Aber nicht etwa im Zwischendeck, sondern in der ersten Klasse bei freier Verpflegung. Nur über die Rückreise der „Mohren, die ihre Schuldigkeit getan haben", wird nichts gesagt, denn entweder ist sie dann nicht mehr notwendig, weil der Freiheitskämpfer gefallen ist, oder er darf sie selbst bezahlen, oder es wirbt ihn ein anderer Staat an, der dann zufällig gerade einmal Krieg führt ...

Eigentlich sonderbar, daß man die Werber aus Südamerika nach England schickt, während im Norden, in den Staaten, die Millionen der Veteranen das Kapitol in Washington belagern, um einen Bonus herauszupressen, der sie über Wasser halten soll.

Im Reiche der Erze, des Borax und Schwefels

Zwischen Bolivien und Paraguay herrscht Krieg. Bolivien ist eines der merkwürdigsten Länder der Erde, das noch heute von den „unmittelbaren Nachkommen der Söhne der Sonne" bewohnt wird und dessen ungeheurer Reichtum an Erzen ihm besondere Beachtung verleiht.

Mollendo, ein kleiner Fleck an der pazifischen Küste Perus, ist der Brückenkopf der „Southern Railway", einer der drei Bahnlinien, die vom Ozean nach Bolivien führen. Die Eisenbahn steigt vom Stillen Ozean zum Titicaca-See auf, der mit seinen 189 Kilometer Länge und seinen 3854 Meter über dem Meeresspiegel einer der höchstgelegenen Binnenseen der Erde ist. Am Ufer des Titicaca erwartet die Reisenden ein Dampfer, um sie in zwölfstündiger Fahrt an das entgegengesetzte Ufer zu bringen, wo sie der bolivianische Zug von La Paz erwartet.

In 36 Stunden durchläuft man so 506 Meilen und steigt inmitten einer der düstersten Szenerien, die man sich denken kann, zur Höhe von 4500 Meter in Cruceros auf. Mollendo ist ein elendes Nest aus armseligen zinkbedeckten Holzhütten. Die Wege sind in Staub gehüllt und in jammervollem Zustande.

Wenige Kilometer von Mollendo entfernt ist der Zug schon im vollen Aufstieg, und der Reisende befindet sich inmitten eines Panoramas von Felsen und Abgründen, das sich erweitert und bis zum großen See immer dramatischere Formen zeigt. Im Anfang der Bergfahrt erscheint da und dort noch irgendein Kaktus mit seiner großen scharlachroten Blüte, irgendein Rasenbündel oder eine Agave: lebendige Dinge, die die Einförmigkeit des Steinbildes beleben; bald aber verschwindet jede Spur der Vegetation. Alleinherrscher ist der nackte Felsen, unterbrochen von Boraxlagern oder von weiten Sandflecken.

Inzwischen klettert der Zug höher und höher. Die Luft wird immer dünner und kälter, und das Blau des Himmels nimmt dunklere Töne an. Nicht ein Wölkchen zeigt sich auf dem reinen Blau des Himmels. Und als wollten die Felsen Ersatz für das Fehlen der Pflanzenwelt bieten, schimmern die von Erzen gesättigten Steine in allen Farben des Regenbogens.

Der Boden erhebt sich jäh vom Meeresspiegel zu 4000 Meter Höhe, auf der sich die große bolivianische Hochebene ausbreitet, die im Norden, im Osten und im Westen von einem gewaltigen Berggürtel abgeschlossen ist, der eine Tiefe von 8000 Kilometern erreicht.

Je höher der Zug aufsteigt, desto fester und enger schließen sich die Zyklopenmauern der Berge zusammen. Man fühlt sich wie in ein Gefängnis eingeschlossen. Die Hoffnung, daß sich mit dem Höhersteigen der Raum öffnen werde, erleidet eine Enttäuschung, denn je höher man steigt, desto dichter schließen sich die Gefängnismauern zusammen, die den Blick gegen den Horizont absperren.

Wohin man blickt: nur Felsen und Berge. Überall sieht man das leuchtende Geflimmer der erzhaltigen Steine, die einen unschätzbaren Reichtum an Kupfer, Magnesium, Zinn und Schwefel bergen. Das einzige, was sich bewegt, ist das grünliche Wasser des Chileflusses, der in schwindelndem Abgrund dahinfließt. Gegen den Titicacasee ist der Horizont durch die „Königskordillere" abgesperrt, die im Blau die scharfen Spitzen ihrer Riesengipfel zu 6000 Meter und darüber emporreckt.

Der Zug befindet sich jetzt in 4000 Meter Höhe und erreicht in Cruceros 4470 Meter.

Wenn der Zug hält, hört man das Pfeifen des Windes, der sich wütend auf die Felsen stürzt. Es ist das unheilkündende Geheul eines Windes, der auf seinem Wege keine Blätter findet, sondern nur Steine und Felsen, die ihn auffangen und gegen andere Steine und Felsen zurückwerfen.

„Wir haben gelernt..."

Vier Männer liegen im Gras draußen am See. Der eine hat die Hände unter den Kopf gelegt und starrt dem feinen Rauch der Tabakspfeife nach. Es ist still und warm.

Der Wald versinkt langsam in der Dämmerung des Abends. Von den Zelten her weht ein herber Spiritusdunst. Am anderen Ufer bei der großen Chemiefabrik, hüpft grotesk ein gelbes Licht hin und her, hin und her ...

Die Männer rühren sich nicht. Ihr Atem geht leicht. Niemand hat Lust zu sprechen. Ein paar Meter weiter kraucht eine Frau aus dem Zelt. Ihr nackter Körper ist schön und braun. Langsam geht sie ins Wasser, streckt die Arme steil nach vorn und schwimmt in langen Stößen davon.

Dicht an den Lagerplatz heran kommen jetzt Menschen. Sie keuchen hastig und tragen Tornister auf dem Rücken. Immer mehr kommen, bis sie eine Linie bilden, die sich im Walde verliert. Eine rohe Stimme brüllt plötzlich, schlägt abgehackt und niederträchtig über das Wasser: „Ab—stand — hal—ten!"

Langsam gehen die Menschen in Linie weiter vor. Ab und zu pfeift jemand kurz. Bei einem Pfiff bleiben sie stehen, bei zwei Pfiffen werfen sie sich in Deckung: Erst das linke Knie, dann der linke Ellenbogen und der rechte Arm bleibt angezogen, als halten sie die Karabiner schußbereit. Nach kurzer Zeit bläst ein Signalhorn aus dem Wald her Sammeln.

Zwei junge Burschen haben sich verspätet. Auf ihren Litevka-Aufschlägen blinken silberne Schwerter. Der eine trinkt hastig aus der Feldflasche. „Na, nu loof doch schon, du Ochse," schnauzt gutmütig sein Kamerad. „Immer Ruhe, Ruhe. Wirst doch wohl noch 'n ell'n Krieler nach soone Schlacht 'n Troppen Wasser jönn' ....."

Noch lange hallt ahnungsloser, dummer Gesang durch den Wald: „.... Kamera—haden aufs Pferd, aufs Pferd! In den Tod, in die Freihei—heit gezogen ...."

Nach kurzer Zeit ist es wieder ruhig. Von der Chemiefabrik her dringt schrill ein Sirenenpfiff. Das hüpfende Licht ist verschwunden und satter Qualm, der über den Dächern liegt, wird von unzähligen Lampen matt beleuchtet. Die Männer im Gras haben die Köpfe gehoben und sehen sich an. Drei sind noch sehr jung, tragen nur Badehose, haben blondes zurückgekämmtes Haar. Der andere ist alt. Seine Mundwinkel zucken, dann lächelt er. Ein wenig hebt er die Hand, läßt sie dann wieder fallen und sagt, tastend und leise: „Da, der Jung-Stahlhelm, diese Jugend der Nachkriegsgeneration, sie bereiten sich schon wieder vor .... Und der da so brüllt, hat ihnen sicher nichts von stinkenden Leichenhaufen erzählt. Aber das ist es ja: Die haben wir alle längst vergessen!"

Der Alte steht auf. Die drei Jungen sehen zu ihm hoch. Sein Haar fällt ihm spärlich in die Stirn und die Augen funkeln gläsern. Es ist, als stöhne er, und die Hände zittern erregt. Jetzt beginnt er hastig zu reden:

„Millionen Jugendliche sind in diesem und tausend anderen Vereinen mit unpolitischem Namen. Sie werden für den neuen Krieg vorbereitet, und sie wissen nicht, was mit ihnen getan wird .... Ueberall, überall das gleiche: Im Kino, auf Zigarettenbildern, in Zeitungen. Und die Menschen erfreuen sich an diesen neckischen Sachen, spielen damit. Das Blut, alles, alles ist vergessen. — Man wird nicht mehr mit Bajonetten in Leibern herumwühlen. Giftgas wird Millionen die Lungen zerfetzen."

Eine stumpfe Pause tritt ein. Es ist ganz dunkel, nur ein paar Sterne flimmern zaghaft. In den Zelten schläft schon alles. Ein frischer Duft kommt vom See. Und in diese nervöse Ruhe hinein klingt die Stimme des einen Jungen: „Da drüben, diese Bude macht Gas gegen Mücken und Heuschrecken. Es ist möglich, daß auch andere Exemplare Lebewesen davon betroffen werden können. Sie schlucken und schlucken und die Augen treten ihnen aus dem Kopf .... Aber laß man, Alter, die Besten haben den Krieg nicht vergessen, auch die Jungen nicht. Und wir haben verdammt viel dazugelernt!"

„Jawohl, wir haben gelernt," sagt sein Nachbar und richtet sich halb auf. „Und wir werden zur Stelle sein! Erstaunlich schnell werden Arbeiter neben roten Soldaten stehen."

Walter Schönstedt („B. a. M.")

Kleines politisches Kabarett

Proletarischer Humor

Redakteurgespräche.

„Ich schreibe jetzt Feuilletons. 10 Pfennig die Zeile. Und was machen Sie?"

„Ich schreibe politische Artikel. Drei Monate die Zeile."

(Die Ente)

Der Führer.

Die „Deutsche Buchhandlung" in München, die ihr Schaufenster stets mit wahrhaft teutschen Geistesfrüchten ziert, hatte jüngst inmitten dieser aufordnenden Werke ein riesiges kunstvoll gerahmtes Lichtbild Adolf selbst in voller Kriegsbemalung darstellend, aufgestellt, das mit folgender sinniger Unterschrift versehen war: „Adolf Hitler, verkäuflich."

(Simplizissimus)

Störer des Verfassungstages.

Der Verfassungstag ist in Berlin ruhig verlaufen. Insgesamt sind 38 Personen wegen Hochrufe auf die Republik der politischen Polizei zugeführt worden.

(Die Ente)

Ueb' immer ....

Der Invalide August Bönnicke bringt sich schlecht und recht durch. Er hat einen kleinen Handel mit Schnürsenkeln und Heftpflaster. Kürzlich rät ihm ein Freund:

„Handel doch auch Streichhölzer! Die werden viel besser gehen als Heftpflaster und Schnürsenkel!"

„Möglich!" versetzt August Bönicke. „Aber siehste — ick will een ehrlicher Mann bleim. Der Krauger hat ooch mit Streichhölzern angefangen. Na, und wat is nu ....?"

(Lustige Sachse)

Ankurbelung der Bauwirtschaft.

Im nationalsozialistisch regierten Braunschweig erfährt das seit geraumer Zeit daniederliegende Bauhandwerk eine außerordentliche Belebung. Um der Arbeiterklasse neue Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen, wurden im Arbeiterwohnviertel mehrere Häuser in die Luft gesprengt. Die Nationalsozialisten beweisen also erneut, daß sie ihre Arbeitsbeschaffungspläne auch in die Tat umzusetzen vermögen.

Staatsbürgerpflicht.

„Na, Herr Bloem, welche Partei haben Sie gewählt?"

„Das weiß ich wirklich nicht mehr. Aber meine Staatsbürgerpflicht habe ich erfüllt."

Ausnahme-Schlaflied

von Karl Kinndt

Schlaft, Kinder, schlaft,
Wer wach bleibt, wird bestraft,
Wer widerspricht und kritisiert,
wird abgeführt und inhaftiert.
Schlaft, Kinder, schlaft!

Träumt, Kinder, träumt,
Wie schön sich alles reimt,
Und seht im Traum die Republik
Als Siegerin und nicht am Strick,
Träumt, Kinder, träumt!

Schweigt, Kinder, schweigt,
Sonst werd't ihr angezeigt.
Wer reden will, schrei Hoch! und Heil!
Sonst kriegt er was aufs Hinterteil!
Schweigt, Kinder, schweigt!

Lacht, Kinder, lacht,
Im Schlaf die ganze Nacht:
Bald kommt das schöne dritte Reich,
Wo alles dann in Butter gleich,
Lacht, Kinder, lacht!

Flaggt, Kinder, flaggt,
Doch tut es auch mit Takt!
Wer bleiben will in Amt und Sold,
Vermeide peinlichst schwarzrotgold —
Flaggt, Kinder, flaggt!

Gut' Nacht, gut' Nacht, gut' Nacht,
Schlaft still bis ihr erwacht:
Dann tönt es laut tahütata!
Ei, sieh mal an, wer kommt denn da?
Schlaft, Kinder, schlaft!

(Entnommen dem Simplizissimus)

Chinesische Jugend von heute

Dem Europäer, der zum erstenmal China besucht, erscheinen Land und Leute als ein undurchdringliches Rätsel. Alle Erfahrungsgrundsätze und Maßstäbe der Logik versagen vor diesem scheinbar unentwirrbaren Knäuel aus Mystik und Groteske, der einem hier entgegentritt. Gewiß, der Atem jahrtausende alter Kultur ist zu verspüren, aber er wirkt auf ein nicht genug romantisch veranlagtes Gemüt modrig. Dem ersten Blick zeigt sich völliger Stillstand, ein Beharrungszustand, der nicht einmal mit dem bei Chinareisenden so beliebten Ausdruck Lethargie voll erfaßt werden kann, sondern schon hart an Nihilismus grenzt. Sicherlich sind in das uralte, verbleichte Mosaik so manche neue Steine eingefügt worden, doch stechen sie allzu stark von ihrer Umgebung ab, sind ohne jede Mühe als Fremdkörper zu erkennen. Der Zopf, Chinas eigentliches, in der Welt bekanntes Wahrzeichen, ist verschwunden; die Köpfe sind geblieben, die ihn einst getragen.

Man täte aber dem chinesischen Volke bitter unrecht, wenn man sich einzig von diesem ersten Eindruck gefangennehmen ließe und sich so den tieferen Einblick in das große Werden verschlösse, das sich gegenwärtig im Schoße alten Kulturvolkes vollzieht. Ein Werden, dem atemberaubendes Tempo eignet, das Keime, die lange Jahrhunderte hindurch in ihrem Wachstum gehemmt waren nun kräftig und lebensvoll emporschießen läßt.

Die Jugend, Chinas Hoffnung

Das junge China ist nicht älter als zwanzig Jahre. Über seiner Wiege steht leuchtend der Name Doktor Sunyatsens, des Vaters der chinesischen Freiheitsbewegung und Wegweisers in eine bessere Zukunft. Im Kreuzungspunkt zweier Zeiten, der alten, noch nicht überwundenen Kaiserzeit mit ihrer engstirnigen Kastentradition, und der neuen, von kräftigen, stürmischen Freiheits- und Fortschrittsimpulsen erfüllten, bietet das moderne China ein verwirrendes, zwiespältiges Bild. Ein ungebärdiges Kind steht vor unseren Augen. Trunken von berauschenden Worten, hungernd nach Bildung, voll Hoffnung das Herz — und die Seele, diese trotz aller Mühsal und Schrecknis vergangener Tage so empfindsame chinesische Seele, von ewiger Angst geschüttelt.

Wären die starren Formen der nahen Vergangenheit noch Alleinherrscher, so würde aus diesem gärenden Most nie guter Wein werden. Er würde gebrochen und schal werden, ehe er noch seine volle Reife erlangt. Stünden die Gebote des ergebungsvollen, jeden auf Aenderung des Bestehenden verwandten Energieaufwand als Verschwendung verwerfenden konfuzianischen Sittengesetzes noch voll in Geltung, dann wäre dieses Fieber, das den Körper des Reiches der Mitte schüttelt, nicht Anzeichen von Genesung und Erwachen zu bewußterem Leben, sondern nur Vorbote unabwendbar folgender Agonie. So aber ist etwas da, das sich willig und freudig den Kräften der Zukunft als Werkzeug darbietet, ihnen mit dem Einsatz der ganzen Persönlichkeit, mit voller, nie rastender Hingabe dient: die chinesische Jugend.

Ungewaschen und schmutzig, ungekämmten Haares, im Freien und in Düngerhaufen dürftiges Nachtlager suchend, hungrig, voll Durst, verbrannt von Sonne. Das ist die revolutionäre Jugend Chinas, die gewaltige Triebfeder, die die Gegenwart in das große Uhrwerk des Geschehens im Reiche der Mitte eingefügt hat. Opfermutig und tapfer, die Herzen erfüllt von heißer Liebe zur Freiheit, immer und bedingungslos in den Reihen der Ausgebeuteten, der Fronknechte inländischer und fremder Kapitalisten marschierend. Tausend und aber tausend Gräber sind die ewigen Zeugen für den Heldenmut und die Bekennertreue dieser revolutionären Jugend, die nur darum die Nächte hingibt, um mit Hilfe entbehrungsvoll errungenen Wissens den armen, in unverschuldeter Dumpfheit schmachtenden Brüdern und Schwestern Hilfe zu bringen, die ohne Zagen und Zittern vor die Gewehrläufe reaktionärer Pelotons tritt, um der Freiheit eine Gasse zu bahnen. Welche Jugend! Schmerz und Ekel überkommt einen, wenn man angesichts ihrer jener jungen mißgeleiteten Menschen in Deutschland und anderen Ländern gedenkt, die das kostbarste Gut, die Freiheit, achtlos mit Füßen treten, um Phantomen der Vergangenheit nachzujagen, bösartigen Gespenstern.

Wie anders hier! Als im Jahre 1925 in Schanghai der Generalstreik ausgerufen wurde und die Engländer sich anschickten, ihn in Blut zu ersticken, erhoben sich in Peking, Nanking, Schanghai und Kanton die Studenten der hohen Schulen wie ein Mann, um die bedrohten Arbeiter zu schützen, Burschen und Mädel zögerten nicht einen Augenblick, mit der Waffe in der Hand die Rechte der Arbeitenden zu verteidigen.

Kinder und Helden

Die Erzählungen von den Taten großer Helden verblassen neben jenen, die die revolutionäre Jugend Chinas täglich vollbringt, die Märtyrerakte der Kirchen verlieren jedes Gewicht neben den Blutzeugen, die hier für ihre revolutionären Ideale ihr junges Leben lassen mußten.

Der Inbegriff des jugendlichen Heroismus ist für China Pinyin, ein junges Mädchen, das in der revolutionären Armee diente, die in dem antikommunistischen Gemetzel bei Wutschang im Jahre 1927 ein so schreckliches Ende fand. Pinyin war der Schrecken sowohl der reaktionären Generale als auch der ausbeuterischen Großgrundbesitzer. Ihre Feinde nannten sie „roter Pfeffer", ihre Freunde verehren in ihr die chinesische Jeanne d'Arc. Das von ihr befehligte Studentinnenkorps galt als Elitetruppe der Revolution. Nicht nur Soldatin war Pinyin, sondern auch unermüdliche Agitatorin und Organisatorin. Die Idee, die Partei, war ihr einziger Gedanke. In die Fabriken, in die Dörfer, auf die Straßen trug sie rastlos und treu die Flamme der Revolution. Dieses Mädchen aber, das das Lagerleben gewohnt war und keine Kugel fürchtete, wurde weich, wenn die Mutter ihm schrieb: „Wenn dieses Jahr zu Ende ist, so komm nach Hause, meine Tochter!" Pinyin kam nicht, denn sie kehrte von einer waghalsigen Rekognoszierung nicht mehr zu ihren Mitkämpfern zurück. Niemand kennt das Grab der chinesischen Jeanne d'Arc.

(Wiener Arbeiterzeitung.)

Blutige Reaktion in Peru

Dem Brüsseler „Peuple" vom 6. August entnehmen wir:

Der „Peuple" hat am 2. August folgende Nachricht mitgeteilt:

Lima, 1. August.

Ein amtliches Kommuniqué teilt mit, daß die vierundvierzig Angeklagten, die an der kommunistischen Erhebung, die vorigen Monat in Trujillo (Nord-Peru) stattfand, teilgenommen hatten, am Mittwoch hingerichtet worden sind.

Aus ergänzenden Mitteilungen, die wir erhalten haben, geht hervor:

1. Daß die unglücklichen Hingerichteten nur eine erste Serie bilden und aller Anlaß zu der Befürchtung besteht, daß auf sie neue Massenhinrichtungen folgen werden, wenn nicht die öffentliche Meinung der Welt eingreift, um diesen entsetzlichen Massenmord zu verhindern.

2. Daß die Ereignisse in Trujillo keineswegs auf kommunistische Agitation zurückzuführen sind, sondern durch den Reigerungsterror hervorgerufen wurden. Unter den politischen Gefangenen, deren Schicksal noch nicht endgültig entschieden zu sein scheint, befindet sich Haya de la Torre, den man als einen Terrorchef ausgeben will, der nach den „Times" selbst aber nur schuldig ist, in Peru eine der englischen Labour Party ähnliche Partei gründen gewollt zu haben!

Was ist aus Haya de la Torre geworden?

Haya de la Torre war im Jahre 1923 Student an der Universität Lima. Er wurde in einige studentische Unruhen verwickelt und ausgewiesen. Er begab sich darauf nach England, wo er seine Studien an der berühmten Arbeiter-Hochschule Ruskin College fortsetzte. Er machte Reisen durch Europa und namentlich nach Rußland und kehrte dann nach Peru zurück, um für einen Regimewechsel zu arbeiten. 1931 wurde er Kandidat für die Präsidentschaft der Republik. Die Partei, die er 1924 gegründet hatte, die Alianza popular revolucionaria americana nahm einen bedeutenden Aufschwung und Haya de la Torre erhielt 110 000 Stimmen, während sein Gegner, der Oberst Sanchez Cerro, mit 140 000 Stimmen gewählt wurde.

Die offensichtlichen Wahlbetrügereien, die bei der Präsidentenwahl festzustellen waren und ohne die Haya de la Torre gesiegt hätte, erregten die Empörung des Volkes, die zu langanhaltenden Unruhen führte. Sie wurden von den Machthabern grausam unterdrückt. Seit Februar dieses Jahres sind zahlreiche Abgeordnete und Mitglieder der Apra-Partei verhaftet und deportiert worden. De la Torre selbst wurde im Mai unter dem lügenhaften Vorwand verhaftet, daß er den Präsidenten habe ermorden lassen wollen. Seiner Verhaftung folgten Aufstände in Lima, für die er wiederum verantwortlich gemacht wurde.

In Trujillo, der Geburtsstadt de la Torres, war die durch seine Verhaftung hervorgerufene Empörung besonders groß und die Unterdrückungsmaßnahmen besonders grausam. Hunderte von Einwohnern wurden durch die Truppen getötet, die sogar zu einem intensiven Luftbombardement schritten. Hundertundzwei Personen wurden sodann zum Tode verurteilt. Wir haben oben gesehen, daß vierundvierzig vor kurzem hingerichtet worden sind!

Man weiß nicht, was aus Haya de la Torre selbst geworden ist. Ist er im Gefängnis ermordet worden? Bekannt ist nur, daß er vom Präsidenten der Republik selbst vor kurzem beinahe ermordet worden wäre, der ihn in seinem Gefängnis besuchte, ihn zuerst beschimpfte und dann einen Revolverschuß auf ihn abgab! Man versichert von amtlicher Seite, daß er binnen kurzem vom Kriegsgericht wegen Mitschuld an den Ereignissen von Trujillo abgeurteilt werden soll (er war im Gefängnis, als sich diese Ereignisse abspielten!).

Es wird abzuwarten sein, ob die peruanische Regierung gegenüber einer nunmehr aufgeklärten öffentlichen Meinung es wagen wird, ihr blutiges Werk bis zum Ende durchzuführen.

Autarkie*

Und weil sie das Einzige ist, was uns retten kann, müssen wir sie eben haben.

Das heißt, so ganz einig sind wir uns noch nicht, ob wir sie unbedingt haben müssen. Auch in München nicht, dem Bethlehem der Autarkie. Aber Braunau kann ja noch einmal zu Bayern geschlagen werden, oder zum heiligen römischen Reiche deutscher Nation, oder zu —. Ja, wie das dritte Reich einmal offiziell firmiert, wissen wir noch gar nicht.

Uebrigens ein sicherer Beweis, daß das Kindlein noch nicht gezeugt ist. Denn vom Tage der sicheren Tatsache an haben normale und glückliche Eltern doch nichts wichtigeres zu tun als einen schönen Namen für das Ergebnis der Liebe zu suchen.

Das dritte Reich ist also noch nicht, und die Autarkie ist auch noch nicht. Und weil es und sie noch nicht ist, ging Adolf der Erste zu Hindenburg. Höchstpersönlich. Denn wenn der Berg nicht zum Propheten kommt, geht der Prophet eben zum Berge.

Und siehe, da begegnete dem Propheten unterwegs die Autarkie. Sie kam, wie dem Apostel Paulus die Erleuchtung gekommen war auf dem Wege von Jerusalem nach Damaskus. Freilich nicht als Stimme vom Himmel. Das ist auch nicht nötig im Zeitalter des Radio und des Rationalismus und der Skeptik. Aber es ist doch ganz gleich woher die Stimme des Herrn tönt. Die Vorsehung bedient sich wunderbarlicher Wege und Mittel. Wie nachzulesen ist im alten Testament, 4. Buch Mosis, Kapitel 22—24.

Diesmal sprach die Vorsehung aus dem Munde des alten Papa Hindenburg. Und sie sprach wie immer sehr verständig. Indem, daß sie das Wirtschaftssystem des Pg. Gottfried Feder vollständig anerkenne, besonders bezüglich der Autarkie. Und weil dem so ist, züchten wir uns die Staatsmänner eben selbst und verzichten auf jeglichen Import, auch aus Braunau. Schon, um die vaterländische Wirtschaft wieder auf gesunde Beine zu stellen.

Adolf aber ging hinaus und weinte bitterlich. Und weil wir gerade im Goethejahr leben, und er ein klassisch gebildeter Mensch ist, da zitierte er die freundliche Einladung des Götz von Berlichingen auf Schloß Jaxthausen an die Räte seiner kaiserlichen Majestät. Ohne Gedankenstriche.

Und beging dabei leider eine gräßliche Todsünde wieder den heiligen Geist der Autarkie.

Denn indem ich nämlich dieses niederschreibe, stehen die Fenster offen und ein lauer Sommerwind streicht freundlich durch das Zimmer. Und auf dem Fensterbrett sitzt mein lieber, kleiner Kater Preuß. So taufte ich ihn christlich, weil er schwarz und weiß im Fell ist, und in pietätvoller Erinnerung an den Stifter der Weimarer Verfassung.

Und Kater Preuß putzt sich. Fängt fein säuberlich bei den Ohren an, wischt sich dann emsig das Maul mit den weißen, weichen Pfötchen, beleckt den Rücken, die Brust. Alles mit Andacht und Ruhe. Dann gehts an die Hinterbeine, den Schwanz und — —

Und jetzt macht Kater Preuß eine neckische Pause. Wie eine Weltdame aufs Kanapee gehaucht, so liegt er da aufs Fensterbrett. Die Hinterbeinchen allerdings etwas unanständig hoch. Dabei hat der Bengel den letzten Tugenderlaß des Reichskommissars sicher gelesen, denn die Zeitung lag aufgeschlagen auf dem Tisch. Forschend sieht er mich zwischen den Hinterbeinen hindurch an. Als wollte er sagen: „Paß auf, Alter!"

Und dann! Ja, dann zeigte mir mein Kater, wie man sich auch ohne Goethezitate behelfen kann, und ohne daß man kaiserliche Räte, Minister und Feldmarschälle inkommodiert.

Das ist Autarkie! -ky.

*Autarkie = Selbstgenügsamkeit, d. h. eine nur auf das eigene Land beschränkte, durch Grenzsperre vom Ausland unabhängige Wirtschaft. Unser Mitarbeiter versucht hier auf seine originelle Art die von den Nazis propagierte und besonders für Deutschland unsinnige Autarkie zu erklären.

Jetzt erst recht rote Einheitsfront

Im kleinen Reinfeld in Holstein ist die proletarische Einheitsfront zur Tatsache geworden! Schon vor einigen Monaten hatten sich die Arbeiter über die Parteigrenzen in einem „Sozialistischen Arbeiterkartell" zusammengefunden, das aber von der Bezirksleitung der KPD zerschlagen wurde. Die Arbeiter haben unter dem Eindruck des immer frecheren Auftretens der Faschisten doch wieder den Weg zueinander gefunden. Der ADGB rief, vor allem auf das unermüdliche Drängen unserer Genossen hin, die Vertreter der Organisationen zusammen. In einem Aufruf „geloben, einig zusammenzustehen, bis der Faschismus geschlagen am Boden liegt, die Ortsgruppen des ADGB, der SPD, KPD, SAP, Eisernen Front, des Kampfbundes". Es wurde zu einer gemeinsamen Versammlung aufgerufen, die gut besucht war. Die Vertreter der verschiedenen Organisationen sprachen. Die Kampfstimmung war prächtig. Der gemeinsame Aufruf wurde einstimmig angenommen. Dann wurde die proletarische Abwehrorganisation gegründet, der sofort 120 aktive Genossen beitraten. Auch der bekannte Pazifist Freiherr von Schoenaich erklärte seinen Eintritt in die Schutzstaffeln. Am Wahltag lagen schon im kleinen Reinfeld 160 Arbeiter kampfbereit. Eine Begeisterung sondergleichen geht durch die Reinfelder Arbeiterschaft. Jetzt sind auch sofort die Nazis still geworden. Im Kampfausschuß sitzt unser Genosse Parduhn.

In den Kampfstaffeln sind bereits die Parteiunterschiede restlos überwunden. Allgemein ist die Überzeugung: diese Kampffront wird keiner mehr zerschlagen können!

•

Nach der Reichstagswahl ist der Kampf um die Herstellung der proletarischen Einheitsfront etwas ins Stocken geraten. Sehr zu unrecht, denn die Vorgänge seit der Wahl machen das geschlossene Auftreten der Arbeiterschaft, den gemeinsamen Kampf aller Proletarier gegen die konterrevolutionäre Regierungsdiktatur und den Naziterror notwendiger denn je. Darin ist Reinfeld ein Beispiel und Ansporn für die Genossen und Arbeiter ganz Deutschlands, besonders in den großen Städten.

Aus der Partei

Hamborn

In der am 12. August im Saale des Volkshauses von 150 Mitgliedern besuchten Mitglieder-Versammlung referierte der Genosse Klaus Zweiling über das Thema: „Sowjet-Rußland und die deutsche Revolution." Er wies zunächst auf die künstlich geschürte Progromstimmung gegen Rußland hin und betonte mit aller Schärfe, daß die SAP sich mit allen Mitteln für den Schutz Sowjet-Rußlands einsetze. Das russische Proletariat habe mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Arbeiterklasse sei gegenüber den Bauern in der Minderheit, wodurch der Kampf besonders erschwert sei. Durch die Einführung der modernsten Maschinen in die Landwirtschaft macht die Zurückdrängung des Bauerntums immer stärkere Fortschritte. Auch die Krise sei an Rußland nicht vorüber gegangen, sondern es leide hierunter, besonders da die landwirtschaftlichen Produkte, welche Rußland ausführen könne stark im Preise gesunken, dagegen seien die Industrie-Erzeugnisse, welche eingeführt werden müßten, nicht in dem Maße gesunken. Die Verwirklichung des Sozialismusses in einem Lande verneinte der Redner.

Nachdem der Genosse Zweiling noch die Stellung Sowjet-Rußlands zur deutschen Revolution, vom Standpunkt der russischen Staatsnotwendigkeiten aus beleuchtet hatte, ging er auf die Verhältnisse in Deutschland ein. Die Faschisten seien in ihrem eigenen Interesse gezwungen, die ganze Macht zu verlangen und würden sich nicht mit einem Teil zufrieden geben. Die Terrorakte seien nicht nur gegen die Arbeiter, sondern auch gegen den Staatsapparat gerichtet. Redner untersuchte alsdann die Kräfte, welche der Arbeiterschaft zur Verfügung stünden und kam zu dem Schluß, daß die SPD nicht gewillt und die KPD-Führung unfähig sei, ernsthaft den Kampf aufzunehmen. Der 20. Juli des Staatsstreiches in Preußen, habe dieses erneut mit aller Deutlichkeit gezeigt.

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weichsel 3422
Sonnabend, 20. August
8.30 Uhr
Herzsame

Gartenbühne
Sonnabend, 20. August
5.30 Uhr
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Frühlingsluft

Pharus-Säle
Müllerstraße
Freitag bis Montag
Der Riesenerfolg Jan Kiepura
in
„Das Lied einer Nacht"
Großfilm mit Fritz Schulz, Magda Schneider, Otto Wallburg, Ida Wüst und Julius Falkenstein.
Dazu das gute Beiprogramm und die neueste FoxTönnendeWochenschau
Jugendliche haben Zutritt.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Planitz

Großes Lampionfest im Volkshaus
am Sonntag, den 21. August
ab 4 Uhr: **Gartenfreikonzert** • ab 6 Uhr: **Lampionball**
Volle Kapelle unter persönl. Leitung von **Max Schreckenbach**
Jeder Besucher erhält einen Lampion

Geschäftseröffnung
Wir geben hiermit der geehrten Einwohnerschaft bekannt, daß wir am Sonnabend, d. 20. dieses Mnts. ein Lebensmittelgeschäft eröffnen. Wir sind bestrebt, unsere werte Kundschaft gut und preiswert zu bedienen.
Um gütige Unterstützung unseres jungen Unternehmens bittend, zeichnen
Curt Meichsner und Frau
Karl-Marx-Straße 56